

Stenographisches Protokoll.

34. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung für Deutschösterreich.

Donnerstag, den 23. Oktober 1919.

Tagesordnung: Bericht des Staatssekretärs für Finanzen über die wirtschaftliche und finanzielle Lage.

Inhalt.

Verhandlung.

Bericht des Staatssekretärs für Finanzen über die wirtschaftliche und finanzielle Lage (Redner: Staatskanzler Dr. Renner [Seite 885], Staatssekretär für Finanzen Dr. Reisch [Seite 893], Abgeordneter Rittinger [Antrag auf sofortige Eröffnung der Debatte — Ablehnung des Antrages — Seite 907]).

Ausschüsse.

Mitteilung des Präsidenten Hausser, betreffend die Mandatsniederlegung der Abgeordneten:

1. Leuthner und Smitka als Mitglieder des Hauptausschusses (Seite 908);
2. Dr. Butte und Josef Mayer als Mitglieder des Ausschusses für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten (Seite 908);
3. Dr. Butte als Ersatzmann im Justizauschusse (Seite 908);
4. Birchbauer als Mitglied des Ausschusses für soziale Verwaltung und als Ersatzmann im Ausschusse für Heerwesen (Seite 908);
5. Schöchtner als Mitglied des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft (Seite 908);
6. Wimmer als Mitglied des Ausschusses für Verkehrsweisen (Seite 908);
7. Dr. Schürff als Mitglied des Justizauschusses, als Ersatzmann im Verfassungsausschusse und im Finanz- und Budgetausschusse (Seite 908);
8. Stocker als Mitglied des Sozialisierungsausschusses und als Ersatzmann im Finanz- und Budgetausschusse, im Ausschusse für soziale Verwaltung und im Ausschusse für Erziehung und Unterricht (Seite 908);
9. Kraft als Mitglied des Sozialisierungsausschusses (Seite 908);
10. Pauly und Dr. Angerer als Ersatzmänner im Verfassungsausschusse (Seite 908);
11. Wedra, Kröhl und Thanner als Ersatzmänner im Ausschusse für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten (Seite 908);
12. Dr. Straffner als Ersatzmann im Ausschusse für soziale Verwaltung (Seite 908);
13. Egger als Ersatzmann im Ausschusse für Heerwesen (Seite 908);
14. Egger und Grahamer als Ersatzmänner im Ausschusse für Land- und Forstwirtschaft (Seite 908);

15. Altenbacher und Größbauer als Ersatzmänner im Ausschusse für Verkehrsweisen (Seite 908);
16. Dr. Schönbauer als Ersatzmann im Justiz- und im Sozialisierungsausschusse (Seite 908);
17. Dr. Ursin und Friedmann als Ersatzmänner im Sozialisierungsausschusse (Seite 908).

Ersatzwahlen der Abgeordneten:

1. Abram, Dr. Bauer, und Dr. Seipel als Mitglieder des Hauptausschusses (Seite 908);
2. Dr. Ursin, Dr. Schürff und Dr. Straßner als Ersatzmitglieder im Verfassungsausschusse (Seite 909);
3. Paulh und Stocker als Ersatzmitglieder im Finanz- und Budgetausschusse (Seite 909);
4. Bedra und Rittinger als Mitglieder und Dr. Schürff, Dr. Wutte und Josef Mayer als Ersatzmitglieder im Ausschusse für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten (Seite 909);
5. Dengg als Mitglied und Dr. Wutte und Birchbauer als Ersatzmitglieder im Ausschusse für soziale Verwaltung (Seite 909);

6. Dr. Waber und Altenbacher als Ersatzmitglieder im Ausschusse für Heerwesen (Seite 909);
7. Egger als Mitglied und Schöchtner und Gramer als Ersatzmitglieder im Ausschusse für Land- und Forstwirtschaft (Seite 909);
8. Schöchtner als Mitglied und Dr. Angerer und Josef Mayer als Ersatzmitglieder im Ausschusse für Verkehrsweisen (Seite 909);
9. Krözl als Ersatzmitglied im Ausschusse für Erziehung und Unterricht (Seite 909);
10. Dr. Schönbauer als Mitglied und Dr. Schürff und Dr. Waber als Ersatzmitglieder im Justizausschusse (Seite 909);
11. Größbauer und Josef Mayer als Mitglieder und Friedmann, Stocker und Dr. Schürff als Ersatzmitglieder im Sozialisierungsausschusse (Seite 909).

Zuweisungen:

1. 435 der Beilagen an den Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft (Seite 908);
2. 436 und 437 der Beilagen an den Ausschuß für Verkehrsweisen (Seite 908).

Verzeichnis

der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen.

Anträge

1. der Abgeordneten Steinegger, Fischitz, Dr. Anton Maier und Genossen, betreffend die gleiche Behandlung aller Pensionisten, Witwen und Waisen und die Anpassung der Bezüge der genannten Gruppen an die Existenzanforderungen der heutigen Zeit, mit Berücksichtigung der kommenden Besoldungsreform (440 der Beilagen);
2. der Abgeordneten Fischitz, Steinegger und Genossen, betreffend Beibehaltung der Fahrlegitimationen

für pensionierte Eisenbahn-Tagelohnarbeiter und deren Familien (441 der Beilagen);

3. der Abgeordneten Dr. Danneberg und Genossen, betreffend die Schaffung eines Anforderungsgesetzes für Schulzwecke (442 der Beilagen).

Anfragen

1. der Abgeordneten Dr. Waber, Egger, Stocker und Genossen an den Staatskanzler, betreffend das Vorgehen der Regierung gegen die Kriegsanleihschutzbewegung (Anhang I, 170/I).

Zur Verteilung gelangen am 23. Oktober 1919:

die Berichte des Ernährungsausschusses 438 der Beilagen und des Finanzausschusses 439 der Beilagen;
die Anträge 435, 436 und 437 der Beilagen.

Beginn der Sitzung: 11 Uhr 30 Minuten vormittags.

Vorsitzende: Präsident **Seitz**, zweiter Präsident **Hauser**, dritter Präsident Dr. **Dinghofer**.

Schriftführer: **Schönsteiner**, Dr. **Angerer**.

Staatskanzler: Dr. **Renner**.

Vizekanzler: **Fink**.

Staatssekretäre: **Eldersch** für Inneres und Unterricht, Dr. **Ramek** für Justiz, Dr. **Deutsch** für Heerwesen, Dr. **Reisch** für Finanzen, **Stöckler** für Land- und Forstwirtschaft, Ingenieur **Berdik** für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, **Paul** für Verkehrswesen, **Hanusch** für soziale Verwaltung, Dr. **Loewenfeld-Ruß** für Volksernährung, Dr. **Mayr**.

Unterstaatssekretäre: **Glöckel** und **Miklas** im Staatsamte für Inneres und Unterricht, Dr. **Esler** im Staatsamte für Justiz, Dr. **Weiß** im Staatsamte für Heerwesen, Dr. **Ellenbogen** im Staatsamte für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, Dr. **Reisch** und Dr. **Candler** im Staatsamte für soziale Verwaltung.

Präsident: Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll über die Sitzung vom 21. Oktober ist unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.

Der Herr Abgeordnete **Weiß** hat sich krank gemeldet.

Ich habe am Schlusse der letzten Sitzung mitgeteilt, daß der Herr Staatssekretär für Finanzen den Wunsch hat, einen Bericht über die finanzielle Lage der Republik zu geben. Wir haben daher auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung diese Berichterstattung gestellt und in Aussicht genommen, daran eine Debatte zu knüpfen. Indessen ist mir mitgeteilt worden, daß der Herr Staatskanzler den Wunsch hat, diese Besprechung mit einer allgemeinen Erörterung der politischen Lage einzubegleiten. Wir können also die beiden Dinge miteinander verbinden und ich erteile zunächst dem Herrn Staatskanzler das Wort.

Staatskanzler Dr. **Renner:** Hohes Haus! Nicht von oben her durch eine metaphysische Gewalt eingesetzt, sondern von unten auf geworden ist das

Koalitionsprogramm und die Koalitionsregierung, welche beiden ich vor Ihnen zu vertreten habe. Es ist die Art, wie das Koalitionsprogramm entstanden die Art, wie diese Regierung eingesetzt worden ist, unserer Öffentlichkeit noch unvertraut und diesem Umstande schreibe ich es zu, daß eine gewisse Presse, die sich mit den neuen Tatsachen nicht abfinden kann, gegenüber der Koalition und der Koalitionsregierung eine Stellung bezogen hat, die unhaltbar und nicht ohne Gefahr ist, weil das Ausland mit unseren Dingen noch immer nicht recht vertraut ist und daher diese Stimmen, die einen breiten Raum auf dem Papier, aber einen so geringen Raum in der Seele unseres Volkes einnehmen, im Auslande ein falsches Bild von unseren Verhältnissen geben.

Verehrte Herren! Wir sind nicht gewillt, den Staat, nicht gewillt, die Regierung und nicht gewillt, die koalitierten Parteien unverteidigt zu lassen, wir werden uns den Angriffen, die uns entgegen treten, stellen, wir werden um die Seele des Volkes und um das Recht, um die Vernunft den Kampf aufnehmen gegen jedermann.

Verehrte Versammelte! Es hat ein Organ, das, wie bekannt, kapitalistischen Interessenten sehr nahe steht, sich geäußert, daß es die Empfindung tiefer Scham darüber nicht los werde, daß die Nationalversammlung ein neues Kabinett gewählt hat, ohne das Koalitionsprogramm zu kennen. Meine Herren! Das Koalitionsprogramm ist eingehend beraten worden, nicht nur zwischen den Klubvorständen, sondern über jede Phase ist auch den Klubs berichtet worden und die parlamentarischen Klubs haben dieses Programm zur Kenntnis genommen, bevor es veröffentlicht wurde. (Rufe: Sehr richtig!)

Es ist also ganz unwahr, was hier gesagt wurde, daß die Nationalversammlung ein Kabinett gewählt hat, ohne das Koalitionsprogramm zu kennen. (Abgeordneter Dr. **Waber:** Das ist schon wahr, weil das Haus es nicht gekannt hat, sondern nur die zwei Parteien!) Zufälligerweise machen diese zwei Parteien fünf Sechstel des Hauses aus und repräsentieren fünf Sechstel der Bevölkerung. (Zustimmung.) Es war nicht das Gefühl des Unmuts, das ich gegenüber dieser Äußerung „Empfindung tiefter Scham“ gehegt habe, sondern ich habe trotz aller Gegnerschaft eine gewisse wohlthuende Überraschung empfunden, denn ich hätte diese Empfindung der Scham bei dem Faiseur dieses Blattes, den wir ja auch sonst kennen, gar nicht vorausgesetzt. (Rufe: Sehr gut!) Verehrte Versammelte! Dieses selbe Blatt — und es vertritt einen Teil unserer einfluß-

reichsten öffentlichen Meinung — dieses selbe Blatt hat gefunden, daß das Parlament in keiner lebendigen Verbindung mit dem Volke stehe. (*Heiterkeit.*) Es ist unglaublich, was man zu schreiben magt. Von einem Parlament, das hervorgegangen ist aus der Wahl aller Männer und Frauen, aller Erwachsenen des Landes, das getragen ist von der Volksgemeinschaft, von einem solchen Parlament sagt man, daß es nicht die lebendige Verbindung mit dem Volke habe, man sagt, daß dieses Haus ein Zerrbild einer wirklichen Volksvertretung sei! Man staunt über den Mut, der da aufgebracht wird von einem Vertreter einer sogenannten öffentlichen Meinung, die nichts anderes ist als der Ausdruck des materiellen Besitzes des Kapitals einer ganz engen Gruppe, die imstande war, sich einen Überläufer zu kaufen und anzustellen, um öffentliche Meinung zu machen. (*Lebhafteste Zustimmung.*) Aber natürlich in diesem Hause hier kennen sich diese Gruppen nicht wieder und darum erscheint es ihnen als ein Zerrbild. Sie leben noch immer in der Vorstellung eines Parlaments, wie es die früheren Parlamente waren, Parlamente, die im wesentlichen auf engen Noterien beruhten, wo eine Handelskammer mit ein paar Stimmen imstande war, einen Abgeordneten herzusetzen, oder wo eine Gruppe von Großgrundbesitzern imstande war, einen Abgeordneten einfach zu ernennen. Sie können sich nicht hinein-denken, daß ein Parlament tatsächlich aus dem Volke hervorstübe und natürlich unter großen Schwierigkeiten aus der Unsumme der widerstrebenden Meinungen und Interessen versucht, dasjenige herauszuarbeiten, was der Volkswille ist. Sie sind noch zu sehr an die alte Hintertreppen- und Vorzimmerpolitik gewöhnt, als daß sie imstande wären, zu begreifen, was hier vorgeht.

Man sagt, es fehle an der lebendigen Verbindung mit dem Volke. Hohes Haus! Das ist ja der große Unterschied gegen früher, das Unterscheidende dieses Parlaments und dieser Regierung gegen die alte Zeit, gegen das alte Regime: die Männer, die hier auf der Regierungsbank im Auftrage der Nationalversammlung sitzen, diese Männer haben das, was sie im Rate beschließen, Woche für Woche draußen in der Volksversammlung selbst zu vertreten. (*Zustimmung.*) Sie haben es zu verantworten vor ihren Klubs, sie haben es zu verantworten vor dem Hause, sie verantworten es aber auch draußen in der Wählerversammlung und das ist natürlich eine ungewohnte Vorstellung für Leute, welche früher nach der Gunst und der Gnade von oben gegangen sind und glücklich waren, wenn sie sich in irgendeiner Weise Eingang bei hohen Herren erschlissen hatten.

Die Wahrheit ist die, daß kraft unserer Geschichte in unserem Volke zwei große Parteien bestehen, die die politischen Notwendigkeiten selbst-

verständlich nach ganz verschiedenen Weltanschauungen prüfen. Die einen gehen aus von der geschichtlichen Überlieferung, sie gehen aus von den bestehenden Wirtschaftsverhältnissen; sie sind durchaus nicht geneigt, eine Politik der Erstarrung, eine Politik der Vermeidung jeden Fortschrittes zu machen, sondern ihr Programm als christliche Sozialisten sagt, daß sie jeder modernen Entwicklung Rechnung tragen wollen, aber sie wollen das Neue prüfen auf seinen Zusammenhang mit dem Alten.

Auf der andern Seite haben wir eine Gruppe von Männern, welche grundsätzlich von dem Neuen ausgehen, welche erfüllt sind von der Idee der Umgestaltung der Gesellschaft in ihren Grundlagen, welche also das vorwärtstreibende Element in der sozialen Entwicklung bilden.

Diese beiden Gruppen sind unter normalen Umständen nicht dazu berufen, eine Regierung zu bilden, sie sind berufen, den Kampf der Weltanschauungen auszutragen. Aber trotz dieses Gegensatzes und trotz dieses so sehr abweichenden inneren Berufes haben die Parteien der Not des Landes und des Volkes Rechnung getragen (*lebhafteste Zustimmung*) und sich dazu vereinigt, das Notwendige rechtzeitig zu tun (*So ist es!*), und zwar in der Art, daß sie jedesmal über das Konkret zu Schaffende eine Vereinbarung redlich suchen. Das ist natürlich viel schwieriger, als Winke von oben entgegenzunehmen, das ist viel schwieriger, als sich einfach den Einflüssen des Kapitals dienstbar zu erweisen. (*Zustimmung.*) Es ist dies weitaus schwieriger als die Politik jemals war. Aber daß es unternommen wird, und daß diese beiden Parteien und die Männer und Frauen, die diesen Parteien angehören, diesen Versuch unternommen haben, muß beiden hoch angerechnet werden (*lebhafteste Zustimmung*) und verdient nicht die Behandlung, die eine gewisse öffentliche Meinung uns angedeihen läßt. (*Sehr richtig!*)

Das Kabinett, das von dieser Koalition begründet wurde, hat Tadel gefunden. Man hat gesagt, daß die wirklichen Führer der Parteien nicht im Kabinett sitzen. Meine Herren, wie steht es damit? Jede Partei bedarf einer gewissen Ökonomie der Kräfte, jede Partei braucht Männer, die in der Verwaltung mitarbeiten, sie braucht Männer, die die Presse führen, sie braucht Männer, die das Haus im Plenum führen. Selbstverständlich haben die Parteien nicht alle ihre Kräfte in die Regierung entsendet, gewiß nicht; sie haben sich für die Führung der Geschäfte im Hause Talente und Kräfte vorbehalten, sie haben diejenigen auf die Regierungsbank geschickt, von denen sie annehmen, daß sie zur Zeit und für die bestehenden Aufgaben die besten Verwalter sind. Das ist die natürliche Auswahl der Kräfte, die jeder Partei vorbehalten ist.

Man hat gesagt, es bestehen zu viele Staatssekretäre für einen kleinen Staat. Das hat nun

etwas Wahres an sich. Wir haben für unseren kleinen Staat, für unseren Staat von 6 bis 7 Millionen Menschen zu viele Staatsämter und zu viele Staatssekretäre. Aber gerade diese Mehrheit hat den ernsthaften Versuch unternommen — wenn ich zunächst das Persönliche von dem Sachlichen scheidet —, die Zahl der Staatsämter zu verringern. Sie hat die Zahl der Staatsämter, die Dauer haben sollen, auf 6 reduziert, und die für den Übergang bestimmt waren, auf 4. Daß wir ein Auswärtiges Amt haben, daß wir gezwungen sind, ein eigenes Heeresamt zu halten, daß wir endlich gezwungen sind, ein Staatsamt für Verkehrswesen zu halten, ist darauf zurückzuführen, daß der Anschlußgedanke zur Zeit nicht zu verwirklichen ist. Wäre das der Fall gewesen, so wären diese Verwaltungen selbstverständlich in der allgemeinen Reichsverwaltung aufgegangen. An der Vereinigung der früheren Ämter, an dem Zusammenschweißen der früheren Ministerien auf weniger Staatsämter wird eifrig gearbeitet. Es sind schon Staatsämter zusammengefaßt worden und insbesondere auf dem Gebiete des Verkehrswesens hat eine Zusammenlegung Platz gegriffen, die sämtliche Zweige des Verkehrsdienstes unter die Leitung eines einzigen Funktionärs gestellt hat. Allerdings braucht dieses Werk Zeit, diese Umwandlung kann nicht plötzlich geschehen, sie muß allmählich vollzogen werden. Das ist die sachliche Seite und das Haus kann versichert sein, daß die Regierung an dem Gesichtspunkte der Verringerung der Zahl der Staatsämter festhält und daß sich das Kabinett dabei durch nichts wird irre machen lassen, auch nicht durch die Tatsache, daß wir jetzt ausreichend genug Beamte haben, um auch mehr Staatsämter zu füllen.

Nun komme ich zur persönlichen Seite. Wir haben mehr Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre, als wir Staatsämter haben und das kann als auffällig befunden werden. In dieser Hinsicht, glaube ich, hat sich die Auffassung noch nicht den demokratischen Gepflogenheiten angepaßt. Wir sehen die Dinge noch immer so, wie sie früher gehalten wurden, nämlich daß derjenige, der in ein Amt entsendet wird, mit dem Amte dauernd und auf Lebenszeit verbunden bleibt, wie immer die Dinge sich ändern, daß das eine gewisse Anzahl Fideikomisse darstellt, die dann diesen oder jenen hohen Herren als dauernder Lebensgenuß zugeteilt werden. So fassen wir das Amt eines Staatssekretärs nicht auf. Es ist in allen Demokratien Gepflogenheit, daß, wenn eine große Aufgabe an den Staat herantritt, eine Aufgabe, die auf bestimmte Zeit abgestellt ist, eine Aufgabe, die über den gewöhnlichen Lauf der Verwaltung hinausgeht, man einen Mann, der diese Aufgabe zu lösen bereit ist, als Staatssekretär auf die Regierungsbank beruft, ihm den Auftrag gibt,

diese Aufgabe zu lösen, worauf er wieder zurücktritt. Nun ist es eine der selbstverständlichsten Sachen, daß, wenn eine Verfassungsreform zusammen mit einer Verwaltungsreform gemacht wird, diese beiden Aufgaben die Tätigkeit der Staatsämter so sehr belasten, daß die Männer, die diese Aufgaben führen, nicht zugleich die laufenden Aufgaben der Verwaltung führen können. (*Sehr richtig!*) Es ist ein Spezialwerk, das in besonderer Zeit gemacht werden muß, und zu diesem Zwecke haben die verbündeten Parteien sich entschlossen, einen eigenen Staatssekretär, wie man es nennen würde, ohne Portefeuille, aber mit einer bestimmten konkreten Aufgabe zu berufen. Nichts natürlicher als das. Es ist eine schwere, eine mühsame Arbeit, die der Herr Staatssekretär im Verein mit dem Staatskanzler zu leisten haben wird. Aber wenn diese Aufgabe erledigt ist, tritt er zurück. Eine Vermehrung der Ämter hat nie stattgefunden, sondern wir haben vermehrte Aufgaben und mehr Menschen, aber nicht mehr Institutionen. Ich glaube, das rechtfertigt sich von selbst.

Es kommt aber noch ein zweiter Umstand hinzu. Die Aufgaben, die die Regierung heute zu vollziehen hat, sind wesensverschieden von den Aufgaben der früheren Regierungen. Es herrschte im allgemeinen in den Ministerien eine mehr weniger idyllische Ruhe, nicht zur Kriegszeit, aber in der Vorkriegszeit. Entscheidend waren die Wünsche von ein paar hohen Herren, während heute in allen Ämtern ohne Ausnahme die Masse des Volkes täglich aus und ein geht. Der Parteienverkehr der Ämter, aller Ämter, ist heute zehn- und hundertfach so groß wie früher. Dazu kommt, daß die soziale Krisis, in der wir weilen, die politische Erschütterung, die auswärtige Erschütterung, die Ungeklärtheit des Verhältnisses zu den Nachbarstaaten uns tagtäglich so viele Aufgaben zuweisen, daß es in vielen Ämtern unmöglich wird, daß ein Staatssekretär allein diese Aufgaben erfüllt. Ich nehme das Staatsamt für soziale Verwaltung. Das Staatsamt für soziale Verwaltung hat heute die Angelegenheiten der arbeitenden Klassen im breitesten Sinne des Wortes zu wahren. Dieses Staatsamt für soziale Verwaltung hat also, das können Sie sich denken, vielleicht den größten Parteienverkehr, den ein Staatsamt zur Zeit überhaupt haben kann. Es hat die schwierigsten Verhandlungen zu führen, Ausgleichsverhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitern aller Kategorien. Der soziale Gegensatz ruft nicht, es muß immerfort vermittelt und der soziale Friede muß Tag für Tag erkämpft werden. Dem Staatsamt für soziale Verwaltung ist zugleich das Gesundheitsamt angegliedert. Das Gesundheitsamt hat mit unserer Spitalmisere zu kämpfen, es hat mit den Volkskrankheiten zu kämpfen,

es hat die Überführung der alten Militärämterverwaltung in die Zivilverwaltung zu besorgen, mit einem Worte eine solche Fülle von verantwortungsvollen Geschäften, daß es ganz ausgeschlossen ist, daß ein und derselbe Staatssekretär imstande wäre, beide Ämter zu übernehmen. Es ist das Natürlichste von der Welt, daß man ihm einen Unterstaatssekretär mit parlamentarischer Verantwortung beigibt, der diesen Teil der Geschäfte im Einvernehmen mit ihm führt.

Die Fülle der Geschäfte ist es, meine Herren, die die Vermehrung der Personen erzwungen hat, die an der Regierung teilnehmen. Der Vorwurf, daß wir zu viele Staatssekretäre haben, ist ganz ungerechtfertigt und wenn wir einen Blick auf die Nachbarstaaten werfen, die aus der Monarchie hervorgegangen sind und die unter gleichartigen, wenn auch nicht unter so großen Schwierigkeiten leiden wie Deutschösterreich, so sieht man auch dort, daß die Zahl derjenigen, die unter parlamentarischer Verantwortlichkeit an der Regierung mitwirken, weitaus größer ist als in normalen Zeiten. Wenn wir wieder die normale Friedensproduktion, die normalen Friedensverhältnisse, die natürlichen Beziehungen zum Auslande und ruhige Beziehungen zu unseren Nachbarstaaten haben werden, werden wir, das ist mir vollständig klar, mit den zehn Staatssekretären das Auslangen finden, die in der Verfassung vorgesehen sind, wobei es noch möglich sein wird, diese zehn im Laufe der Zeit auf eine geringere Zahl zu reduzieren. Soviel über die Frage der Staatssekretäre.

Nun behauptet ein Blatt, daß das Kabinett an Talenten und Kenntnissen ärmer geworden sei, weil die Staatssekretäre Bauer und Schumpeter ausgeschieden seien. Ich glaube, daß für das Auscheiden der einen der Eintritt der anderen einen vollen Ersatz bieten und daß das Kabinett deshalb keine geringere Arbeitskraft und Leistungsfähigkeit haben wird, vor allem anderen deshalb, weil es durch die Rückkehr solcher Männer ins Plenum des Hauses eine wertvolle Unterstützung im Hause selbst finden wird.

Ich habe es für notwendig gefunden, diese Angriffe, die gegen uns erhoben worden sind, zurückzuweisen und der Öffentlichkeit klar zu machen, wie diese Regierung, wie das Koalitionsprogramm entstanden ist.

Gestatten Sie nun, daß ich aus der Fülle der Gegenstände, die dieses Koalitionsprogramm enthält, einiges herausnehme, von dem ich annehme, daß es von besonderer Wichtigkeit ist. Selbstverständlich können meine Ausführungen in diesem Punkte nicht vollständig sein — das ist ja nicht denkbar —, da das Koalitionsprogramm alle Ressortangelegenheiten, alles, was im Laufe der Monate strittig geworden ist, alles, was die Erfahrungen des letzten Jahres

als einer Klärung bedürftig erwiesen haben, mit umfaßt. Ich kann also nur einige Grundgedanken des Koalitionsprogramms hervorheben und diese vor dem Hause erläutern.

Zunächst das eine: An der Spitze des Programms und als Mittelpunkt erscheint das Finanzprogramm. Beide Parteien und das gesamte Kabinett sind von der Erkenntnis erfüllt, daß heute in der Lösung der finanziellen Schwierigkeiten, in der Wiederaufrichtung unserer Währung, in der Herstellung unseres Staatskredites, in der Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft das Existenzproblem Österreichs gegeben ist. *(Lebhafte Zustimmung.)* Und gerade um dieser Dinge willen haben sich die beiden Parteien vereint. Wenn man in den Blättern liest, daß die Regierung eine Bankrottspolitik treibe, wenn der Vorwurf gemacht wird, daß die Regierung die finanziellen Fragen nicht ernst genug nehme usw., so entspringt das dem Verdrusse gewisser Gruppen, welche es nicht fassen können, daß nicht ihre Interessen bei der Lösung dieser Dinge vorangehen.

Meine Herren! Das große Finanz- und Wirtschaftsproblem dieses Staates, der Republik Deutschösterreich, kann nur im Sinne der breiten Massen des Volkes gelöst werden und nicht im Sinne schmalen kapitalistischer Koterien. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Die Finanzpolitik kann ihr Maß nicht an Sonderinteressen einzelner Gruppen nehmen, sondern nur an dem Gesamtinteresse des werktätigen Volkes. *(Lebhafte Zustimmung.)* Das Finanzprogramm kann selbstverständlich nicht an dem einzelnen vorübergehen, es muß Opfer fordern, es muß von jedermann Opfer fordern, Opfer fordern auch von den Massen der ländlichen Bevölkerung, Opfer von den Massen der Arbeiterschaft. Es ist mir heute schon klar, daß wir, so wie wir an der Vermögensabgabe nicht vorüberkommen, auch nicht an indirekten Steuern vorüberkommen. Es haben die beiden großen Parteien sich entschlossen erklärt, diese Opfer zu bringen, aber es sind Kreise und Gruppen in unserem Staate, die das Opferbringen noch nicht gewohnt sind *(Sehr richtig!)* und die vor allem anderen darüber sehr erbittert sind, daß nun nicht sie das Maß der Opfer festsetzen, sondern das Maß der Opfer wird durch den in diesem Parlamente organisierten Volkswillen festgesetzt; daran werden sie sich selbstverständlich gewöhnen müssen.

Wir müssen damit rechnen, daß die einzelnen, die Opfer bringen müssen, klagen. Das ist richtig; wir werden einen schweren Kampf haben, jedermann zu überzeugen, daß auch er verpflichtet ist, Opfer in diesem und diesem Maße zu bringen, und es ist ebenso ersichtlich, daß dieser vaterländische Opfergang, den wir machen müssen, um uns zu retten, von einer übelwollenden Presse mißdeutet

werden kann und daß durch öffentliche Agitationen einzelne Schichten unseres Volkes zum Widerstand gegen die zugemuteten Opfer aufgereizt werden können. Wir werden uns dagegen schützen müssen und wir werden selbstverständlich jede Verdächtigung der Absichten der Regierung mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

Es ist in einer auffälligen Art und Weise in der letzten Zeit von der Bankerottpolitik der Regierung gesprochen worden. Meine Herren! Der Zusammenbruch unserer Währung, der Zusammenbruch unserer Wirtschaftspolitik ist nicht erst zu machen, der Zusammenbruch ist leider da, er ist da kraft der Tatsache des Krieges und der Niederlage; das aber, was die Regierung beabsichtigt, ist, uns aus diesem Zusammenbruche herauszuführen. *(Sehr richtig!)* Und wenn man von einer Bankerottpolitik spricht, muß man das Wort Bankerottpolitik in zwei Teile zerlegen: den Bankerott haben die anderen gemacht, die Politik, uns zu retten, müssen wir machen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Meine Herren! Wir wollen von Staats wegen und von Regierung wegen den Bankerott bekämpfen, den vollzogenen Bankerott zurückbauen und uns wieder herstellen. *(So ist es!)* Es ist eine begreifliche Sache, daß diejenigen, die am wirtschaftlichen Zusammenbruche, am Bankerott in diesem Sinne schuldig sind, heute diese Schuld hinüberschieben möchten *(lebhaft Zustimmung)* auf diejenigen, die das patriotische Werk, die das wirklich im Volksinteresse gelegene Werk unternehmen, das Land und das Volk aus dieser furchtbaren Not herauszuführen. Und das sage ich von vornherein: es ist dem allgemeinen Volksempfinden klar, was wir wollen und ich habe die Überzeugung, das Volk wird uns verstehen und jedermann, außer derjenige, der in seine kapitalistischen Interessen verbohrt ist, ist bereit, diese Opfer zu bringen. Heute fragt man ja nicht, ob Opfer oder nicht, sondern jeder sagt: gebt uns einmal den Anteil, das Maß an, mag es auch viel sein, aber laßt uns endlich einmal wissen, was wir opfern müssen.

Und, hohes Haus, wir sind uns klar darüber, daß unsere Finanzpolitik sich nur mit großen Schwierigkeiten durchsetzen wird. Das war uns von vornherein klar, aber wir sind entschlossen, diesen Kampf aufzunehmen, und sind entschlossen, alles, was in unseren Kräften ist, gemeinsam zu tun, um wieder eine normale Volkswirtschaft, eine normale Währung, einen normalen Verkehr und damit auch eine normale Ernährung unseres Volkes zu ermöglichen. *(Beifall.)*

Über die Einzelheiten der Finanzfrage wird ja der Herr Staatssekretär für Finanzen Dr. Reich sprechen; hinter diesen Finanzfragen tritt natürlich im gegenwärtigen Stadium die Frage der Ver-

fassungs- und Verwaltungsreform zurück. Ich habe mich über die Gestaltung unserer künftigen Verfassung schon so oft ausgesprochen, daß ich es nicht notwendig habe, noch einmal darauf zurückzukommen.

Ich möchte nur eines hervorheben, was in der letzten Zeit einiges Aufsehen erregt hat, nämlich daß das Koalitionsprogramm den Satz enthält: „Die politischen Behörden erster Instanz sind so schnell und so vollständig als möglich zu demokratisieren.“ Ich habe in einer Volksversammlungsrede gesagt, daß wir die Bezirkshauptmannschaften, wie sie heute sind, beseitigen müssen.

Hohes Haus! Ich muß die Absichten der Koalition in diesem Punkte vor einem Mißverständnis schützen; denn es hat Leute gegeben, welche meinen, daß wir den Bezirkshauptleuten in Person oder unseren politischen Beamten irgendein Mißtrauen entgegenbringen. Ganz im Gegenteil. Ich habe während der ganzen Zeit des Krieges und während der Zeit des Überganges gefunden, daß sich unsere politischen Beamten oft bis zur Erschöpfung bemühen, der Zeit gerecht zu werden.

Es haben insbesondere im Ernährungsdienst die Herren, die draußen tätig sind, das Außergewöhnliche geleistet, beinahe über Vermögen gearbeitet. Aber es handelt sich hier nicht um den persönlichen Willen, um den persönlichen Eifer und die persönliche Tüchtigkeit des Beamten im einzelnen. Diese alle in Ehren! Es handelt sich darum, daß die Institution als solche mit dem Zeitgeist nicht mehr verträglich ist, daß die Institution als solche von dem Volke nicht mehr ertragen wird.

Die Koalition, welche in die Staatsregierung die Volksvertretung und das Volk eingeführt hat, die Koalition, welche in den Ländern die bureaukratische Verwaltung aufgehoben und die Selbstregierung des Volkes hergestellt hat, diese Koalition wird auch selbstverständlich in unserer Lokalverwaltung das Volk selbst durch ordnungsgemäße gesetzliche Vertreter in das Amt einführen. Das Amt wird in der Selbstverwaltung des Volkes auch in der lokalen Verwaltung geführt werden und eine solche Einrichtung, die bei uns noch nicht vorstellbar ist, weil wir derartiges nicht kennen, wird die hundert- und tausendfachen Klagen, die über die lokale Verwaltung entstehen, beheben und beseitigen.

Ich sage, daß eine solche Einrichtung der lokalen Selbstregierung des Volkes unserem Volke noch nicht vertraut ist. Es gibt viele, die meinen, eine solche Einrichtung werde die Verwaltung ganz unmöglich machen. Aber, meine Herren, wir haben die Beispiele dafür in anderen Ländern, und zwar sehr segensreiche Beispiele dafür. Wir haben zunächst die Kreiseinteilung und die Kreisverwaltung in Preußen, die ich sonst nicht als Muster hin-

stellen möchte, weil die Kreise, die an ihr beteiligt waren, sehr exklusiv sind; aber wir haben dort in der untersten Instanz keine bürokratische Verwaltung und wir sehen, daß die Kommunalverbände in Deutschland die Probleme der Volksernährung im Kriege weitaus besser bewältigt haben als bei uns die bürokratische Verwaltung.

Ich will hier nur einen einzigen Gesichtspunkt hervorheben. Wenn unsere Bezirkshauptmannschaft nicht ein Amt mit einem Sprengel gewesen wäre, sondern wenn unsere Bezirkshauptmannschaft eine Kommunalkörperschaft mit eigenem Vermögen und eigenen Finanzen gewesen wäre, so hätten die Bezirkshauptmannschaften unter Beiziehung der Vertreter aller Kreise selbständig kaufen und verkaufen, selbständig wirtschaften können; sie hätten das Ernährungsproblem unmittelbar mit eigenen Kräften in die Hand nehmen können und hätten dabei immerfort, da doch Vertreter aller Schichten in der Bezirkshauptmannschaft sitzen, den notwendigen geistigen Ausgleich zwischen Produzenten und Konsumenten, zwischen beiden und Händlern in sich vollzogen. Nun steht dort ein Bezirkshauptmann — ich setze voraus, der fähigste und der willigste Mann. Er möchte vorsorgen, aber er hat ja keine Steuermittel. Soll er warten, bis ihn die Regierung sein Amtspauschale erhöht oder bis er von der Finanzverwaltung einen Kredit zugewiesen bekommt? Bis dahin ist das Verwaltungsbedürfnis längst vergangen, wenn es nicht von anderen erfüllt wird. Er muß also die Mittel zusammentreiben, er muß die Bürgermeister und die Sparkassen einladen, daß sie die Mittel zusammenschießen. Das ist nun eigentlich privates, nicht öffentliches Geld gegenüber dem Bezirkshauptmann. Eine ordnungsgemäße Verfügung darüber ist nicht mehr möglich. Gut! Das in bezug auf die materiellen Mittel. Nun ist der Bezirkshauptmann gehalten, eine Verfügung zu erlassen. Die Verfügung gibt er im Amtsblatt hinaus und läßt sie, wo möglich, in den Gemeinden plakatieren. Schön! Die hohe Obrigkeit hat also wiederum einmal gegen die Landwirte entschieden und die Konsumenten vergewaltigt oder die hohe Obrigkeit hat wiederum einmal den Handel begünstigt und Produzenten und Konsumenten an die Wand gedrückt oder die hohe Obrigkeit ist wieder einmal den Arbeiterräten aufgefressen und nötigt den anderen Bevölkerungsklassen das auf, was sie zu tun haben. Mit einem Wort: Dieses stumme Stück weißen Papiers an der Amtstafel und die hinausgegebene Verordnung bringt alle Volkskreise gegeneinander auf, die einen wie die anderen, einmal diese, einmal jene, aus dem einfachen Grunde, weil nicht vorher über die Maßregel ein Rat aller Bevölkerungskreise zusammengeessen ist und diese Verordnung geprüft hat.

Nehmen wir den umgekehrten Fall, wir hätten im Amt eine solche Vertretung aller Berufsgruppen und aller sozialen Schichten gehabt und der betreffende Bezirkshauptmann hätte diese Verordnung dort vorgelegt, so wäre sie in aller Öffentlichkeit erörtert, es wären die Motive klargelegt, es wäre auch praktisch nachgeprüft worden, ob sich alles durchführen läßt. So wäre diese Maßregel erlassen worden, ohne die Gesamtheit der Bevölkerung aufzureizen, es wäre vorher das Kompromiß der Meinungen in der Lokalverwaltung vollzogen worden. *(Zustimmung.)*

Auf einer gewissen Stufe der Entwicklung, meine Herren, läßt sich die Bevölkerung die rein obrigkeitliche Verwaltung einfach nicht mehr gefallen, selbst wenn sie noch so weise und klug wäre, sie will den Vormund los haben. Und wenn ein Vormund noch so tüchtig wäre, wenn der junge Mann seine 24 Jahre oder seine Großjährigkeit erreicht hat, so setzt er sich in den Besitz seiner Sache und verabschiedet den Vormund, möge der Vormund klagen und weinen, wie er will, möge er der edelste und beste Mensch sein. Ich glaube, die Bevölkerung Österreichs, das Volk dieser Republik ist zu seinen Jahren gekommen und will einen Vormund nirgends haben. *(Lebhafte Zustimmung.)*

Daher ist es notwendig, praktisch und psychologisch notwendig, auch in der Lokalverwaltung das System der Selbstregierung zur Geltung zu bringen. Das setzt allerdings eines voraus und diesem Umstande trägt das Programm auch Rechnung. Wenn der Staat aufgebaut ist auf dem Gedanken der Selbstregierung, das heißt, daß sich das Volk erst im lokalen Kreise selbst regiert, dann in größeren Körperschaften, im Lande, und dann in der größten Körperschaft, im Staate, wenn einmal dieser Grundsatz durchgedrungen ist, so erwächst allerdings aus der Durchsetzung des allgemeinen Prinzips der Selbstregierung eine Gefahr. Diese Gefahr ist offensichtlich und die Vertreter dieses Systems täuschen sich darüber durchaus nicht, daß die Gefahr besteht, daß nämlich alle lokalen Körperschaften voneinander abweichende Beschlüsse fassen und sich den Beschlüssen der höheren Körperschaften nicht unterordnen.

Der nach unserer Überlieferung, nach unseren Erfahrungen naheliegende Ausweg ist nun natürlich der: Man beruft die Oberbehörde, die löst diese Körperschaften auf, besetzt das Amtsgebäude womöglich mit Gen darmie und setzt dort wiederum einen Bureaukraten ein, die politische Lösung eines solchen Konfliktes. Aber das Koalitionsprogramm setzt etwas anderes an deren Stelle, nämlich das einfache Mittel, das auch in anderen Gesetzgebungen angewendet wird, daß man hier nicht durch Gewalt und nicht mit politischen Mitteln entscheidet, sondern daß man den ordentlichen Rechtsgang der

Verwaltungsgerichtsbarkeit einsetzt. Wenn eine lokale Behörde durch eine Entscheidung das Gesetz verletzt hat, so geht man eben zu der nächsten Instanz des Verwaltungsgerichtes und dieses stellt das verletzte Recht wieder her.

Dadurch werden alle Selbstverwaltungsbehörden daran gewöhnt, sich an das Gesetz zu halten. Wir haben ja auch heute ein Verwaltungsgericht. Aber dieses Verwaltungsgericht kommt viel zu spät, denn in jeder einzelnen Rechtsache muß man erst alle Instanzen bis zum Ministerium durchlaufen und dann hinterher an den Verwaltungsgerichtshof gehen. Das ist viel zu spät. Wir brauchen die unmittelbare instanzenmäßige Verwaltungsrechtspflege und diese wird die Gesetzmäßigkeit unserer Verwaltung verbürgen.

Meine Herren! Wenn die Verfassung und Verwaltung auf der einen Seite die Organisation der öffentlichen Gewalt darstellt, so muß sie auf der anderen Seite die Rechte des einzelnen Staatsbürgers verbürgen. Wir haben aus dem Jahre 1867 das Grundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger geerbt. Es ist klar, daß dieses Gesetz einer Nachprüfung bedarf und die Verfassungsurkunde wird auch den Rechten des einzelnen wieder zur Geltung verhelfen. Aber schon heute bemerken wir folgenden Umstand. Nach dem Umsturz ist die allgemeine Freiheit der Organisation in den Volksmassen — da meine ich nicht nur das Proletariat, sondern auch die bürgerlichen Kreise, alle Kreise — mit leidenschaftlicher Begeisterung aufgenommen worden. Und nun wachsen Tag für Tag Organisationen aus dem Boden, jedermann, der sonst nichts zu tun hat, insbesondere der keinen Beruf hat, schafft sich eine Organisation, läßt sich als Sekretär bestellen und verlangt nun womöglich von der Behörde kraft der öffentlichen Interessen ein eigenes Bureau zugewiesen und so weiter fort. Mit einem Wort, das Prinzip der Organisation hat sich durchgesetzt und hat gewisse Wucherungen erzeugt. Die Organisationen, auch die berechtigten, sind nun gewillt, von dem Mittel der Organisation leicht einen abundanten Gebrauch zu machen, einen Gebrauch, der über das Notwendige und Zweckmäßige hinausgeht. Infolgedessen stoßen die Organisationen aneinander und sind geneigt, das Recht des einzelnen, das verfassungsmäßig verbürgte Recht des einzelnen zu verkümmern. Wir müssen uns nun auch des Einzelnen, des Staatsbürgers als Individuum annehmen und dürfen nicht vergeffen, daß jede öffentliche Gewalt an der individuellen Freiheit gewisse Schranken haben muß. Diese Schranken werden heute sehr oft übertreten, nicht aus böser Absicht — vielleicht auch das ab und zu — aber in dem übertriebenen Willen, das Organisationsprinzip zur Geltung zu bringen. Die Regierung kann sich diesen Bestrebungen gegenüber

nur an eine Richtschnur halten und das ist das geltende Gesetz. Die Regierung muß das geltende Gesetz gegen jedermann zur Anwendung bringen und von jedermann den Respekt vor dem geltenden Gesetz fordern. *(Sehr richtig!)* Darauf beruht ihr Existenzgrund. Wie wir alle kraft des Gesetzes hier beisammen sind, wie die Regierung kraft des Gesetzes ihre Autorität besitzt, so kann sie ihrerseits wieder nur Autorität beanspruchen und kann sie ihrerseits nur der Gesellschaft dienen, wenn sie dem Gesetze Respekt verschafft.

Nun, was ist dieses Gesetz? Ich denke dabei nicht an einen abstrakten Begriff des Gesetzes. Was ist denn für uns Gesetz? Gesetz ist der Beschluß der Nationalversammlung. Was ist die Nationalversammlung? Die Verkörperung des Volkswillens. *(Sehr richtig!)* Wir sind hier berufen, Gesetze zu geben. Würden wir uns denn nicht selbst ins Gesetz schlagen, wenn wir zuließen, daß die Gesetze, die wir selbst beschließen, hinterher nicht durchgeführt werden? Es sind in Wahrheit in einem demokratischen Staate wie dem unserigen, der auf dem Willen des Volkes beruht, Gesetz und Volkswille identisch. Ich gebe zu, daß der große Bestand unserer überlieferten Gesetze nicht durch den Volkswillen geboren ist und wir werden uns bemühen, diese Gesetze dem Volkswillen anzupassen. Aber das eine muß feststehen; wenn nicht die Demokratie ein bloßer Schein und wenn nicht diese Nationalversammlung eine Selbsttäuschung sein soll, so müssen ihre Beschlüsse Geltung gewinnen und die von ihr beschlossenen Gesetze müssen gelten für jedermann in diesem Staate. *(Zustimmung.)*

Meine sehr Verehrten! Ich mußte das betonen, weil ja der einzelne Bürger im Gesetze die Bürgerschaft seiner Existenz, seiner ruhigen Arbeit findet. Die staatsbürgerlichen Grundrechte, die durch das Gesetz festgelegt sind, aufrechtzuerhalten, wird sich die Regierung bemühen. Jedem Staatsbürger steht insbesondere das freie Vereins- und Koalitionsrecht sowie das gleiche Recht auf Zutritt zu Gewerben und Berufen und auf Erlangung öffentlicher Aufstellungen zu. In den Staatsbetrieben besteht volle Vereins- und Koalitionsfreiheit. Kein Staatsangestellter darf wegen der Zugehörigkeit zu einer Organisation oder wegen seiner politischen Gesinnung gemäßigert oder benachteiligt werden. Die Freiheit der politischen Gesinnung und ihrer Betätigung ist eine der Grundlagen jeder Demokratie. Die Regierung appelliert daher an alle Behörden, autonomen Vertretungskörper, Parteien und Organisationen, der Freiheit der individuellen Überzeugung, dem freien Vereins- und Koalitionsrechte überall Geltung zu sichern. Die politische Erregung der letzten Monate hat häufige Fälle von Vergewaltigung Andersgesinnter zur Folge gehabt. In industriellen Betrieben haben Arbeiter andersgesinnte Arbeitskollegen, in

manchen Dörfern haben Bauern andersgefinnte Häusler, landwirtschaftliche Arbeiter und Lehrer durch gewaltsame Mittel zum Verzicht auf die Betätigung ihrer politischen Gesinnung und ihre Koalitionsbestrebungen zu zwingen versucht. Die Regierung appelliert an die demokratische Überzeugung aller, solche Vorkommnisse nach Kräften zu verhüten und der Freiheit der individuellen politischen Überzeugung Geltung zu sichern. Sie selbst wird im eigenen Wirkungsbereiche jedem Staatsbürger das Recht sichern, von seinen staatsgrundgesetzlich verbürgten Rechten freien Gebrauch zu machen.

Das zu den Verfassungs- und Verwaltungsfragen, die ja selbstverständlich mit sozialen Dingen zusammenhängen.

Über das Heerwesen wird der Herr Staatssekretär Dr. Deutsch gelegentlich Aufklärung geben. Er hat ja schon der Öffentlichkeit gegenüber die Absichten der Regierung klargelegt.

Über die Fragen des Unterrichtes und der Schulreform hier zu sprechen würde zu weit führen.

Die auswärtige Politik ist ja in unseren Erklärungen festgelegt und ich glaube, der größte Teil des Hauses ist in bezug auf die Richtlinien der auswärtigen Politik einig.

Über die wirtschaftliche und Sozialpolitik zu sprechen möchte ich jetzt unterlassen, da wir ja in Erwartung des Berichtes des Herrn Staatssekretärs Dr. Reich stehen. Ich möchte nur noch über das Ziel unserer gesamten Staats- und Volkswirtschaftspolitik ein Wort verlieren. Wenn nicht alle Anzeichen täuschen, wird die Welt sich beruhigen. Wir kommen zweifellos zu einer internationalen Beruhigung, zum Frieden auch in bezug auf die Gebiete, die heute noch vom Krieg überzogen sind. Jedenfalls muß die Regierung sich auf dieses Ziel einstellen. Damit kommen wir auch zur Wiederherstellung der Weltwirtschaft. Wir kommen in die Lage, daß unsere Volkswirtschaft sich organisch eingliedern muß in die gesamte Weltwirtschaft und dieser Übergang zur Weltwirtschaft erfordert von uns große und nachhaltige Vorbereitungen. Durch unsere Isolierung in der Kriegswirtschaft haben wir Wirtschaftsverhältnisse, die mit den weltwirtschaftlichen nicht übereinstimmen. Wir haben nicht nur, dank dem Währungssturze in der letzten Zeit, sondern allgemein, dank der zugreifenden Arbeit der Staatsgewalt, in vielen Dingen ein Preisniveau, das hinter den Weltmarktpreisen zurückbleibt. Wir haben vielfach ganz unökonomische Preise. Wir haben heute unökonomische Preise nach oben und nach unten.

Wir können aber dauernd nicht existieren, unsere Landwirtschaft kann nicht arbeiten mit Unterpreisen für Getreide, unsere Industrie kann nicht arbeiten mit Unterpreisen ihrer Produkte, kurz, wir müssen unsere nationale Volkswirtschaft hinüberführen auf die Weltwirtschaft. Wir müssen also

einen Angleichungsprozeß vollziehen, und je kürzer dieser Prozeß ist, um so besser für uns. Ein volles Jahr ist seit dem Waffenstillstande verstrichen, ein volles Jahr der Übergangswirtschaft. Es ist nicht unsere Schuld, daß das solange gedauert hat, denn der Friede hat so entsetzlich lange auf sich warten lassen. Aber wer hätte gedacht, daß die Übergangswirtschaft in diesem einem Jahre gar nicht vorwärtskommen werde, daß wir eigentlich noch immer mitten in der Kriegswirtschaft stehen, daß wir von der Friedenswirtschaft immer noch sehr weit entfernt sind. Wir hatten aber bisher nicht freie Hand, denn wir hatten den Friedensvertrag abzuschließen, und solange er nicht geschlossen war und das Maß unserer Leistungen nicht feststand, solange war es natürlich unmöglich, uns anzupassen.

Nun aber müssen wir zum Ziele der ganzen Staatsverwaltung machen, möglichst auf den welt- und friedenswirtschaftlichen Stand hinüberzukommen und ich meine, wenn wir uns zum Ziele setzen — wobei die Finanzreform eine wesentliche Vorbedingung ist —, bis zur Einbringung der nächstjährigen Ernte, also etwa in einem Jahre, diesen welt- und friedenswirtschaftlichen Stand zu erreichen, wenn wir angestrengt dahin arbeiten, so wird es uns gelingen, die große und durchgreifende Wirtschaftskrise, in der wir stehen, zu überwinden. Es ist aber unmöglich, dieses gegenwärtige System der halben Kriegswirtschaft, der Zentralen, die keine Zentralen sind, die aber noch immer schlimmer wirken als Zentralen, weil sie unvollständig sind, dieses System des Abbaues der Zentralen im Zentrum und der Aufrichtung von neuen Zentralen in den Ländern länger hinauszuziehen.

Wenn es uns gelingt, diese Übergangswirtschaft so rasch als möglich zu beenden und wenn wir also etwa mit Ende der nächstjährigen Ernte unsere Wirtschaft halbwegs an den weltwirtschaftlichen Stand angeglichen haben, so sind wir, meine Herren, gerettet. Das ist unser Problem. Wenn wir es aber noch länger hinausziehen, noch zwei, drei, vier Jahre, so würde das die allgemeine Verelendung unseres Volkes, die Verelendung unserer Volkswirtschaft bewirken. Das Problem ist also wirtschaftspolitisch gestellt; ob wir es lösen können, hängt von vielen Umständen ab, vor allem davon, daß die Westmächte gewillt sind, uns bei diesem Werke zu helfen. Ich glaube, sie haben ein Interesse, uns zu helfen. Würden wir bei diesem Werke zusammenbrechen, so würde sicherlich auch der Frieden von St. Germain und das ganze Friedenswerk von Paris scheitern. Wir sind also der Hilfe der Westmächte dabei gewärtig. Wir haben den festen Willen, uns dahin zu entwickeln und wenn wir diese Hoffnung haben, so ist eine wesentliche Bürgschaft für diese Hoffnung die Tatsache, daß sich links und rechts, daß sich die Massen

des werktätigen Volkes auf dem Lande, die Massen der Bauernschaft und die Massen der kleinen Leute in den Städten mit dem Proletariat vereinigt haben, um diese Übergangsarbeit, um diese Rettungsarbeit zu vollziehen. Die Tatsache, daß sich hier die Gegensätze zu einem Werke vereinigen, diese Tatsache kann eine Bürgschaft dafür sein, daß wir unser Ziel erreichen und unser Land retten. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident Dr. Dinghofer *(welcher während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat)*: Zum Worte hat sich der Herr Staatssekretär für Finanzen gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Staatssekretär für Finanzen Dr. Reisch: Hohes Haus! Bei der überragenden Wichtigkeit, welche die staatsfinanziellen Probleme in der gegenwärtigen Zeit einnehmen, ist es sehr begreiflich, daß das hohe Haus den dringenden Wunsch hegt, vom neuen Staatssekretär für Finanzen eine Darlegung der Grundsätze, nach denen er sein Ressort zu führen gedenkt, entgegenzunehmen. Ich bitte aber, auf der anderen Seite doch auch nicht außer acht zu lassen, daß ich in den fünf Tagen, durch welche ich mein neues Amt bekleide, naturgemäß noch nicht in der Lage sein konnte, mich mit allen Fachreferenten über meine Absichten auseinanderzusetzen und über die bereits vorhandenen Materialien zu informieren. Auch bitte ich, sich zu vergegenwärtigen, daß über staatsfinanzielle Fragen ein verlässliches Urteil doch nur auf Grund konkreter Vorlagen gefällt werden kann, denn nirgends so wie bei den Finanzen kommt es auf die tatsächliche Durchführung des Gedankens an und die scheinbar gerechteste Idee kann durch eine mangelhafte Durchführung oder durch die Unmöglichkeit, sie in die Tat umzusetzen, geradezu in ihr Gegenteil verkehrt werden. Eine wirklich fruchtbare Diskussion über staatsfinanzielle Fragen kann daher immer erst an der Hand der konkreten Gesetzesvorlagen durchgeführt werden, die ich dem hohen Hause schon für die allernächste Zeit in bestimmte Aussicht zu stellen vermag.

Andererseits ist die Entwerfung eines allgemeinen Überblicks über unsere so außerordentlich verwickelte finanzielle Lage auch aus dem Grunde derzeit ungemein erschwert, da alles in stetem Flusse ist und wir uns gerade in diesen Tagen in einer Krise des Geldwertes befinden, durch welche ein krisenhafter Zustand insbesondere auch der ganzen Staatsfinanzen hervorgerufen wird. Ich bitte, nur zu bedenken, meine Herren, daß bei einem Kursstande von fünf Centimes für die Krone jede Änderung des Kurses auch nur um einen Punkt bereits eine Verteuerung unserer Waren um volle 20 bis 25 Prozent des Anschaffungspreises bewirkt, was

bei den ungeheuren Importen, die wir gerade jetzt für die lebenswichtigen Artikel durchzuführen haben, von ganz entscheidender Bedeutung für die gesamte Gebahrung ist.

Es ist daher ziemlich wertlos, heute auf Monate und Jahre hinaus ein ziffernmäßig festumschriebenes Programm aufzustellen. Wir müssen vielmehr vor allem erst wieder danach trachten, festen Boden für unsere wirtschaftlichen Kalkulationen zu gewinnen, und dies können wir wieder nur erreichen, wenn es uns gelingt, eine Stabilisierung unserer Geldwerte herbeizuführen, dem Gelde eine seiner wichtigsten Funktionen, deren es jetzt fast vollständig entkleidet ist, wiederzugeben, die Funktion eines verlässlichen Preismaßstabes und Wertmessers. Derzeit kann man von einem festen Werte der Krone überhaupt nicht sprechen, denn, meine Herren, wir stehen vor der merkwürdigen Tatsache, daß die Krone selbst im Inlande in den verschiedenen Ländern eine durchaus verschiedene Kaufkraft aufweist, daß die Kaufkraft der Krone in Oberösterreich und Tirol eine wesentlich andere ist, als zum Beispiel in Wien, woselbst wir das Depressionszentrum der ganzen Geldentwertung konstatieren können.

Gilt das dem Inlande gegenüber, so gilt es in noch erhöhtem Maße für das Ausland. Wir können ruhig behaupten, daß heute ein Zusammenhang zwischen der Bewertung in den einzelnen Ländern im Inland und im Auslande überhaupt nicht mehr gegeben ist. Dies ist zu einem großen Teile auf die Behinderung des freien Verkehrs zurückzuführen; dieser würde ja naturgemäß dazu führen, daß eine allgemeine Ausgleichung des Wertes des Geldes bewirkt würde. Wir dürfen daher auch hoffen, daß mit dem Fallen der jetzt aufgerichteten Schranken dieser Wertunterschied in Wegfall kommt und wir uns wieder dem normalen Zustand nähern werden, mit einer allgemein gültigen Kaufkraft des Geldes zu rechnen.

Der gegenwärtige Zustand ist für die gesamte Volkswirtschaft von den unheilvollsten Wirkungen begleitet; denn es ist eine gesunde geschäftliche Kalkulation naturgemäß nicht mehr möglich, wenn man von einem Tag auf den andern nicht mehr weiß, ob man mit der Krone, die man erwirbt, auch nur annähernd dasselbe wird anschaffen können, wie vor einigen Tagen oder Wochen, als man in das Geschäft eingetreten ist. Diese Zustände führen daher zu einem höchst bedauerlichen Aufleben einer wilden Spekulation, von der wir uns alle Tage und speziell gestern wieder durch die außerordentlich scharfen Rückgänge in den Kursen an der Börse die Überzeugung verschaffen können.

Zimmerhin steht nach dem Gesagten aber doch eines fest, daß es absolut verfehlt wäre, eine allgemeine Behauptung nach der Richtung hin

aufzustellen, daß unser Geld derzeit etwa nur ein Sechstel, ein Zehntel oder gar ein Zwanzigstel seines früheren Wertes hat, und daß demgemäß alle Preise sich nach diesem Multiplum zu richten haben werden. Wir würden mit einer derartigen Behauptung eine ganze Lawine von Auslagen speziell für die Staatsfinanzen loslösen, welche uns unrettbar in den finanziellen Abgrund mitreißen würde. Wir müssen uns vielmehr gegenwärtigen, daß wir einer ganz ungewöhnlichen Preisgestaltung und Preisbildung gegenüberstehen, die mit einer einfachen Schablonisierung, mit einer einfachen Multiplizierung eines früheren Geldwertes absolut nicht gemeistert werden darf. Die heutige Preisbildung scheint mir vielmehr vergleichbar mit einer in Gärung befindlichen Masse, welche bald höhere, bald niedrigere Blasen treibt. Eine allgemeine Regelung kann in einem solchen Zustande ohne große Gefahren nicht in Angriff genommen werden, wir müssen vielmehr eine gewisse Beruhigung und wirtschaftliche Entwicklung abwarten und werden erst dann in konsequenter und geduldiger Arbeit auf eine Stabilisierung und Regenerierung des Wertes unseres Geldes hinwirken können.

Das setzt voraus, daß wir der in den letzten Wochen bemerkbaren Panikstimmung, speziell auf dem Gebiete des Devisenmarktes, Herr werden. Als Panikstimmung muß ich es bezeichnen, wenn sich Leute, die absolut keinen wirklichen Bedarf nach Devisen haben, lediglich aus der ihnen suggerierten Angst einer bevorstehenden Entwertung der Krone, dieser Krone um jeden Preis zu entledigen trachten, wenn sie ohne jede Kritik sich in einen wilden Wettbewerb um die ohnehin so geringe Devisenmenge stürzen und damit naturgemäß zu der in den inneren Verhältnissen durchaus nicht begründeten Steigerung der Devisenpreise mitwirken.

Auch dürfen wir keineswegs außer acht lassen, daß das tatsächlich zur Verfügung stehende Devisenmaterial schon für die legitimen Ansprüche des Handels in keiner Weise genügt, daß dieser unbefriedigte Wettbewerb um Devisen ganz naturgemäß zu einem Zerrbild der Wirklichkeit führen muß, weil die mit einem so durchaus ungenügenden Devisenmaterial zustandgekommenen Preisfestsetzungen natürlich keinen Anspruch auf wahre Berücksichtigung und Ermittlung des inneren Wertes der Valuten und unseres eigenen Geldes erheben können. Hier wird eine der ersten Aufgaben der Finanzverwaltung darin bestehen müssen, mit einer durchgreifenden Reform der jetzt bestehenden nicht immer ganz entsprechenden Verordnungen über den Devisenverkehr einzuschreiten. (Zustimmung.) Andererseits werden wir aber auch davor nicht zurückschrecken dürfen, sehr energische Maßnahmen gegen die ungesunde Spekulation und den Schleichhandel in Devisen zu

treffen. Auch ist wohl die Erwartung eine gerechtfertigte, daß mit der Ratifizierung des Friedensvertrages eine Beruhigung auf diesem Gebiete eintreten wird, da sich dann die Gelegenheit ergeben wird, sehr zahlreiche jetzt bestehende Unklarheiten über unser Geldwesen in Wegfall zu bringen. Gegenwärtig bestehen nämlich noch so zahlreiche Wechselbeziehungen zwischen den gestempelten und ungestempelten Noten und es bestehen so viele Unklarheiten über die Entwicklung der Währungsverhältnisse in wichtigen Teilen der früheren Monarchie, daß eine selbständige Geld- und Währungspolitik aus allen diesen Gründen heute noch nicht geführt werden kann. Mit der Konsolidierung dieser Verhältnisse wird auch mancher Anstoß zu den gegenwärtig so häufigen, unerwünschten Schiebungen auf dem Geldmarkte und auf dem Valutenmarkte entfallen.

Ich will aber, meine Herren, mit diesen Darlegungen durchaus nicht eine Beschönigung des Zustandes unseres Geldwesens bewirken, denn ich kann keinen Augenblick in Abrede stellen, daß die unleugbar eingetretene weitgehende Geldentwertung selbstverständlich in erster Linie durch unsere eigenen Maßnahmen, durch die fortwährende Inanspruchnahme der Notenpresse und durch die hierdurch bedingte unleugbare Inflation herbeigeführt worden ist. Daß die Verwendung der Notenpresse zu den verderblichsten volkswirtschaftlichen Konsequenzen führen muß, ist schon hundert- und tausendmal gesagt worden; ich möchte für unsere Verhältnisse heute das Hauptgewicht darauf legen, daß die Inflation dem Irrglauben eine Stütze bietet, daß das Geld beliebig vermehrt werden kann, daß daher das Geld für den Staat und für den Staatssekretär der Finanzen überhaupt keine Rolle spielen könne, da er sich ja solches Geld in beliebiger Menge jederzeit beschaffen könne. Dieser Glaube, meine Herren, hat eine außerordentlich demoralisierende Wirkung auf unsere gesamte Bevölkerung und wirkt der so notwendigen Erkenntnis von der eingetretenen allgemeinen Verarmung unserer Volkswirtschaft hinderlich entgegen. Weite Kreise unseres Publikums und speziell auch die Kreise der auf fixe Bezüge und auf Arbeitslöhne angewiesenen Teile des Publikums werden durch diesen Glauben in dem Bestreben bestärkt, lediglich eine Vermehrung ihres Geldeinkommens herbeizuführen; sie glauben, damit auch schon eine dauernde Besserung ihres materiellen Wohlbefindens bewirken zu können.

Es kommt aber in Wirklichkeit absolut nicht auf die Höhe des nominellen Geldeinkommens, sondern ausschließlich auf die Höhe des realen Sach Einkommens an, und unsere ganzen Bestrebungen müssen daher darauf gerichtet sein, das reale Sach Einkommen zu steigern und alle Hindernisse, welche dem sich entgegenstellen, müssen wir aus dem Wege räumen.

Dazu gehört auch der eben besprochene Irrglaube an die Möglichkeit, in bequemer Weise das Geldeinkommen vermehren zu können, welches doch höchstens eine ganz vorübergehende Einwirkung auf die tatsächliche Versorgung des Bezugsberechtigten bewirken kann. Heute erschöpfen wir uns durch die geschilderten Verhältnisse tatsächlich in einem ewigen Zirkel der Steigerung der Löhne und Gehalte einerseits und der Preise andererseits und man könnte geradezu glauben, daß wir hier einer Schraube ohne Ende gegenüberstehen. Das ist aber ein durchaus gefährlicher und verfehlter Glaube: Die Schraube hat ein Ende, und dieses Ende ist der absolute Zusammenbruch jedes Geldwesens. Dem müssen wir nunmehr mit aller Energie entgegenarbeiten, wir dürfen eine weitere Verschlechterung unseres Geldwesens nicht mehr aufkommen lassen, wir müssen mit allen Kräften danach streben, dem fortwährenden Niedergleiten unseres Geldwertes einen Damm zu setzen und auf eine allmähliche Besserung und Hinaufführung unseres Geldwertes hinzuwirken. Ich jedenfalls, meine Herren, werde es als meine oberste Pflicht betrachten, einer Vermehrung und Vergrößerung der Inflation in jeder möglichen Weise entgegenzutreten.

Eines der nächstliegenden Mittel hierfür wäre nun die Wiedereröffnung der normalen Wege für die Kreditbeschaffung des Staates. Daß wir in der letzten Zeit nur mit der Notenpresse arbeiten mußten, rührt zum großen Teil von den Schwierigkeiten her, die sich der Aufnahme einer inneren Anleihe entgegenstellen. Würde man sich klar machen, daß die Sicherheit eines Schatzwechsels und Schatzscheines heute im wesentlichen in keiner Weise eine andere ist als die Sicherheit und Kreditwürdigkeit einer Note, da ja beide zufolge der Bestimmungen des Friedensvertrages heute ausschließlich auf dem Kredit des Staates beruhen und keinerlei andere Deckungsansprüche eröffnen, so scheint es doch auf den ersten Blick vollständig unbegreiflich, warum die zu wiederholten Malen vom Staatsamte für Finanzen aufgelegten Schatzwechsel bei den Banken und beim Publikum heutzutage so gar keinen Anklang mehr finden, die aufgelegten Schatzwechsel vielmehr ganz geraden Weges in die Oesterreichisch-ungarische Bank wandern und von derselben in Noten umgewechselt werden, so daß die vermeintliche Kredittransaktion des Staates in letzter Linie doch wieder nur auf eine Vermehrung des Notenumlaufes hinausläuft. Der Grund, warum die Banken es vorziehen, viele Millionen unverzinslicher Kassenreserven zu halten und auch notorischerweise das Publikum ganz enorme Beträge von Noten bei sich zu Hause festhält, ist in großem Umfange auf das Mißtrauen zurückzuführen, das sich im Publikum zufolge einiger nicht ganz glücklicher Maßnahmen der Finanzverwaltung anlässlich der letztdurch-

geführten Notenabstempelung und der durchgeführten Depot- und Kontosperrern bemächtigt hat.

Ich halte es daher, meine Herren, für eine meiner obersten Pflichten, zu erklären, daß ich in keiner Weise beabsichtige, mit dem Überraschungsmoment in der eben geschilderten Weise weiterhin zu arbeiten, und will ohneweiters die Versicherung abgeben, daß ich bei allen meinen Maßnahmen mit der erforderlichen Loyalität vorgehen werde. Man mag Grund haben — und ich hoffe, es wird sich dieser Grund als ein gerechtfertigter erweisen — die Strenge der von mir in Aussicht genommenen Finanzmaßnahmen zu fürchten, aber einen Grund, die Loyalität meiner Amtsführung anzusechten, werde ich Ihnen gewiß niemals geben.

Ein weiterer Grund jedoch, der die Placierung einer inneren Anleihe derzeit so schwierig macht, liegt in der allgemeinen Befürchtung, daß für den Fall des Eintrittes eines Geldbedarfes vielleicht die Möglichkeit zu einer Eskomptierung der übernommenen Schatzwechsel nicht gegeben sein könnte. Diese Befürchtung beruht darauf, daß durch den Friedensvertrag der sofortige Eintritt der Oesterreichisch-ungarischen Bank in die Liquidation vorgeschrieben ist, so daß es sich vielleicht ergeben könnte, daß die Notenbank nicht mehr in der Lage sein wird, den Eskompt von Schatzwechseln und Schatzscheinen durchzuführen. In dieser Richtung sind schon derzeit Maßnahmen in die Wege geleitet, welche die jederzeitige Eskomptmöglichkeit von Schatzwechseln und Schatzscheinen sichern sollen, und ich werde es mir auch angelegen sein lassen, durch weitere Vorkehrungen sicherzustellen, daß auch nach Eintritt der Oesterreichisch-ungarischen Bank in die Liquidation durch entsprechende Einrichtungen die Eskomptierung solcher Schatzscheine außer jeden Zweifel gestellt sein wird.

Wenn diese Voraussetzungen geschaffen sein werden — und es handelt sich hier um eine Frage von wenigen Tagen und Wochen —, dann darf ich wohl der sicheren Erwartung Ausdruck geben, daß das Bestreben der Finanzverwaltung, durch Placierung von Schatzscheinen und Schatzwechseln einer weiteren Vermehrung des Notenumlaufes wirksam entgegenzutreten, durch die verständnisvolle Mitwirkung der Banken und des großen Publikums gesichert werden wird. Auf einem so vorbereiteten Boden wird es dann auch wieder möglich werden, fest verzinssliche Anleihen unterzubringen und dadurch den Kreditbedarf des Staates auf normale Weise zu befriedigen.

Wir werden es uns auch mit allen Mitteln angelegen sein lassen müssen, im Interesse der Behebung der jetzigen Hindernisse eines normalen Geldverkehrs je eher auf eine Wiederherstellung normaler Beziehungen mit den Sukzessionsstaaten

und mit dem übrigen Auslande hinzuwirken. Die gegenwärtigen Absperrungsmaßnahmen fördern nämlich die Schwierigkeiten der Beschaffung von Valuten zum Beispiel insbesondere auch dadurch, daß uns selbst die legitimen Zuflüsse an ausländischer Valuta derzeit durch verschiedene Sperrmaßnahmen der ausländischen Regierungen, welche als Retorsionsmaßnahmen gegen gewisse Sperrmaßnahmen der österreichischen Regierung hingestellt werden, abgeschnitten sind und wir daher nicht einmal jene Zinsen und Kapitalsrückzahlungen beispielsweise aus Böhmen bekommen können, auf welche wir vollberechtigte Ansprüche erheben können.

Ich werde trachten, durch gegenseitige Übereinkommen mit den Nationalstaaten, wie solche ja schon in Verhandlung stehen, diese überflüssige Behinderung des Wirtschaftsverkehrs zu beseitigen und erhoffe mir auch daraus eine Erleichterung in der Versorgung mit fremden Valuten.

Das Hauptaugenmerk aber müssen wir auf die Erlangung ausländischer Valuten legen, weil wir diese unbedingt brauchen zur Anschaffung der lebensnotwendigsten Artikel, die wir ja bei den gegebenen Verhältnissen leider fast zur Gänze aus dem ausländischen Markte beziehen müssen.

Hier, meine verehrten Herren und Damen, kommt es meines Erachtens nicht auf den Titel an, unter welchem uns das ausländische Kapital zufließen wird, sondern ausschließlich auf den Umstand, daß ich tatsächlich über ausländisches Kapital verfügen kann; denn ob das Kapital direkt dem Staate zur Verfügung gestellt wird oder ob es im Wege des Privatcredits für die österreichische Volkswirtschaft dienstbar gemacht wird, in beiden Fällen kommen wir in die Lage, inländische Bedürfnisse mit ausländischem Geld und Kapital befriedigen zu können, und in welcher Form immer das ausländische Kapital uns daher zur Verfügung gestellt wird, ob im Wege der Veräußerung von Kunstgegenständen oder Aktien und Effekten oder im Wege der Ablösung inländischer Kredite oder im Wege der Beteiligung an inländischen Unternehmungen und durch Investitionen ausländischen Kapitals im Inlande — immer kommen wir in die so erwünschte Lage, über ausländische Mittel zur Befriedigung inländischer Bedürfnisse verfügen zu können.

Das wird in größerem Umfange erst möglich werden, wenn wir in die Lage versetzt werden, die alten geschäftlichen Beziehungen mit dem Auslande wieder anzuknüpfen, die bestehenden persönlichen Beziehungen für diese Zwecke auszunützen. Ich begrüße es daher mit großer Freude, daß es in den letzten Tagen und Wochen doch schon gelungen ist, daß sich maßgebende Finanziers Österreichs in das Ausland begeben konnten, um Verhandlungen mit ihren ausländischen Geschäftsfreunden einzuleiten. Nach durch-

geführter Ratifikation des Friedensvertrages werden sich diese Möglichkeiten wohl noch weiter vermehren, so daß zu hoffen steht, daß das ausländische Kapital schon aus rein geschäftlichen Gründen sich gerne in den Dienst unserer Volkswirtschaft stellen wird, da angesichts der bestehenden Devisenkurse sich diese Gelegenheiten ja für das ausländische Kapital als außerordentlich günstig und vorteilhaft darstellen.

Aber auch politische und moralische Momente, hoffe ich, werden die Entente bewegen, uns in unseren dringenden Valutanöten ehestens Hilfe zu leisten, denn es kann nicht in ihrer Absicht liegen, uns die lebenswichtigsten Artikel weiter vorzuenthalten und unsere gesamte Volkswirtschaft in eine noch größere Not zu stürzen.

Alles in allem betrachtet, erachte ich daher die Lage des Devisenmarktes nicht als eine so außerordentlich ungünstige, wie sie in den letzten Wochen sich gestaltet hat, und ich glaube, in dem gestern eingetretenen Umschwunge vielleicht doch eine dauernde Tendenz erblicken zu dürfen, welche uns eine allmähliche Besserung der Verhältnisse des Devisenmarktes erhoffen läßt. Es schweben ja nach dieser Richtung auch derzeit naturgemäß verschiedene Verhandlungen und ich hoffe, daß es gelingen wird, die eine oder andere in der aller-nächsten Zeit zu einem für uns günstigen Abschluß zu bringen. Insbesondere aber gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß es mir gelingen wird, in Verbindung mit dem zu vergebenden Privilegium der neuen Notenbank größere Beträge ausländischen Kapitals für das Inland zu gewinnen, denn, meine Herren — darüber dürfen wir uns ja auch nicht einer Täuschung hingeben —, eine neue Notenbank werden wir nur schaffen können mit entsprechender metallischer Deckung für unsere künftige Währung und eine metallische Deckung können wir im Inlande in halbwegs ausreichendem Maße nicht bekommen. Wir sind daher bezüglich Gewinnung der metallischen Deckung unbedingt auf die Unterstützung des ausländischen Kapitals angewiesen. Diese Unterstützung wird uns, glaube ich, nicht versagt bleiben, weil sich die Privilegien für Notenbanken seit jeher als eine dankenswerte und gute Kapitalanlage erwiesen haben. Im Zusammenhange mit dem Privilegium hoffe ich auch eine größere Valutaanleihe von der in Betracht kommenden Kapitalistengruppe erhalten zu können.

Für diese ausländischen Kredite werden wir natürlich große Opfer bringen und werden wir manche unserer bisherigen Anschauungen in dieser Richtung einer Revision unterziehen müssen. Wir werden uns darein fügen müssen, daß wir kein Großstaat mehr sind, daß wir ein recht kleiner Staat geworden sind, dem als „teure“ Erinnerung an seine Vergangenheit nur eine sehr große Schuldenlast

und ein übermäßig großer Aufwand und Apparat verblieben ist.

Und damit, meine Herren, komme ich zu dem zweiten Punkte meiner Darlegungen, zu einer Erörterung unserer budgetären Lage.

Die budgetäre Lage wird hauptsächlich durch die Ausgabenwirtschaft charakterisiert und in dieser Ausgabenwirtschaft befinden wir uns schon seit langer Zeit auf recht abwegigen, abschüssigen Bahnen. Es ist leider bei uns schon seit Jahren der Brauch eingerissen, daß, wenn eine größere Personengruppe mit mehr oder weniger lärmendem Nachdruck irgendwelche neue Forderungen aufstellt, sofort die Bewilligung der ausgesprochenen Wünsche als unausweichliche Notwendigkeit erachtet wird, ohne daß man sich vorerst darüber Rechenschaft abgibt, ob denn für diese neuen Ausgaben auch die erforderlichen neuen Einnahmen vorhanden sind oder auch nur beschafft werden können.

In weiten Kreisen des Publikums herrscht die Vorstellung von einer unbeschränkten Leistungsfähigkeit der Staatswirtschaft und es wird mit einer unbeschränkten Freigebigkeit des jeweiligen Staatssekretärs der Finanzen gerechnet. Mit diesen Vorstellungen, meine Herren und Damen, die ganz allgemein als verfehlt betrachtet werden müssen, müssen wir in unseren heutigen Verhältnissen absolut brechen, denn für unsere Verhältnisse sind sie vollständig unzutreffend geworden; wir werden uns vielmehr daran gewöhnen müssen, mit der durch die Kriegsergebnisse und Kriegsfolgen so ungemein geschwächten Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft ernstlich rechnen zu müssen. So traurig es ist, werden wir uns der Erkenntnis nicht verschließen dürfen, daß wir alle, ob reich oder arm, ob Rentner oder Arbeiter, durch die enormen Zerstörungen des Krieges um vieles ärmer geworden sind, als wir früher waren, und daß wir nicht mehr die Forderung erheben dürfen, so weiter zu leben, wie wir vor dem Kriege leben konnten. Durch die Zerstörungen des Krieges ist der Fonds, aus welchem wir alle unseren Lebensunterhalt schöpfen müssen, das ist der alljährliche Ertrag unserer Volkswirtschaft, ein durchaus unzulänglicher geworden. Wir alle werden uns daher Beschränkungen auferlegen und auf Luxusbedürfnisse verzichten müssen, und wie wir wegen des herrschenden Kohlenmangels nur mehr weniger Zimmer heizen und weniger Flammen brennen dürfen, so werden wir in allen anderen Belangen unseren Warenbedarf zurückdrängen müssen, weil unsere Volkswirtschaft einfach nicht mehr in der Lage ist, genügende Mengen zu produzieren. Erst durch jahrelange angestrenzte Arbeit und Enthaltensamkeit wird es uns vielleicht gelingen, den früheren Standard wieder zu erreichen und einer besseren Zukunft entgegenzugehen zu können. Bis dorthin müssen wir uns

an einen alten, zwar banalen aber unbedingt richtigen Wahlspruch halten, der für uns lauten muß: *Arbeite und spare!* Gilt dieser Spruch für alle, so gilt die letztere Weisung des Sparens in ganz besonderem Maße für die Staatsfinanzen und für den Staatssekretär der Finanzen und ich habe nur die eine Bitte und den einen dringenden Wunsch, daß mich alle Parteien dieses hohen Hauses in meinem aufrichtigen Bestreben, diesen Wahlspruch zur Wahrheit zu machen, unterstützen und mich nicht zu entbehrlichen und vermeidbaren Ausgaben drängen.

Dabei erkenne ich ja in keiner Weise, daß wir den politischen Verhältnissen, wie sie der Krieg geschaffen hat, im weiten Umfange werden Rechnung tragen müssen und daß es insbesondere nicht möglich sein wird, den vom Großstaat übernommenen Apparat in kürzester Zeit umzustellen und aufzulassen. Es ist leider nicht möglich, den Zentralverwaltungsapparat eines Großbetriebes unvermittelt auf den bescheidenen Apparat eines Zwergbetriebes umzustellen, aber als Ziel müssen wir uns diese Umstellung immer vor Auge halten und wir dürfen nicht verschweigen, daß der gegenwärtige Verwaltungsapparat für uns weiterhin einfach unerschwinglich und unerträglich ist.

Auf die Sparsamkeit im Staatsbetriebe muß ich aber namentlich auch aus dem Grunde das allergrößte Gewicht legen, weil wir ja, wie ich schon dargelegt habe, im weiten Umfange auf den Kredit des Auslandes angewiesen sind und Kredit wohl überall in der Welt nur demjenigen eingeräumt wird, bei dem man sieht, daß er seine wirtschaftliche Lage genau erkennt und das ernste Bestreben und den nachdrücklichen Willen hat, nicht über seine Verhältnisse zu leben, sondern sich den unvermeidlichen Einschränkungen, die ihm seine Wirtschaftsverhältnisse auferlegen, anzupassen.

Dieser Sachlage ist bisher — und leider auch von den sehr geehrten Herren Kollegen auf der Regierungsbank — nicht immer in genügendem Maße Rechnung getragen worden. Wir werden viel energischer als bisher darauf hinwirken müssen, die bestehenden Ausgaben nach Möglichkeit abzubauen und neuen Ausgaben gegenüber uns harthörig zu stellen und sie, wenn irgend möglich, abzuweisen. Ich will mich in dieser Hinsicht insbesondere gegen den Usus ablehnend verhalten, der in der letzten Zeit nach der Richtung hin eingetreten ist, daß wir solche neue Ausgaben vielfach außerhalb des Budgets einfach durch Beschlüsse der Regierung genehmigen, die erst nachträglich dann der hohen Nationalversammlung zur Genehmigung unterbreitet werden. *(Sehr richtig!)* Ich hege den dringenden Wunsch, in dieser Richtung streng verfassungsmäßig vorzugehen, und ich bekenne ganz offen — ich will mich nicht in einem besseren Lichte erscheinen lassen, als

mir zukommt —, daß ich hierbei durchaus nicht nur von konstitutionellen und altruistischen Motiven allein geleitet bin. Für mich handelt es sich vielmehr auch darum, in Ihren Beschlüssen, meine Herren und Damen, einen gewissen Rückhalt für meine abwehrende Tätigkeit neuen Ausgaben gegenüber zu gewinnen. Ich lege das allergrößte Gewicht darauf, daß über die Ausgaben nicht fallweise entschieden wird, denn so kann ein vernünftiger Wirtschaftsplan nicht eingerichtet und aufgestellt werden. In den Ausgaben, die die Staatsverwaltung zu bestreiten hat, muß unbedingt eine gewisse gegenseitige Verhältnismäßigkeit gewahrt werden und die können wir nur beurteilen und erreichen, wenn in einer Gesamtkonferenz über alle Ausgaben gleichzeitig Beschluß gefaßt wird.

Meine Herren und Damen! Wenn ich Ihnen so in Aussicht stelle, fortan in engerer Zusammenarbeit mit Ihnen zu wirken, so kann ich andererseits doch auch nicht verhehlen, daß auch Sie, hohe Nationalversammlung, Ihrerseits es in dieser Richtung bisher vielfach haben fehlen lassen. Die Regierung hat in aner kennenswerter Pflichterfüllung, trotz der großen Schwierigkeiten wirtschaftlicher und technischer Natur, einen Staatsvoranschlag rechtzeitig vorgelegt. Ich gebe zu, er ist durch die Verhältnisse weit überholt worden, und ich werde daher auch schon in kürzester Frist eine Vorlage über die notwendig gewordenen Nachtragskredite dem hohen Hause unterbreiten.

Aber, hohes Haus, worauf ich das allergrößte Gewicht lege und worum ich Sie inständigst bitten möchte, ist, daß Sie sich weiterhin nicht mit der bisher üblichen Gebarung mit Budgetprovisorien begnügen, sondern daß Sie in eine eingehende Beratung und Beschlußfassung über den gesamten Staatsvoranschlag eintreten, daß Sie sich nicht der Notwendigkeit verschließen, jede einzelne beantragte Ausgabepost auf ihre unbedingte Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit zu prüfen. Meine Herren, ich glaube, daß hierin die Verwirklichung der demokratischen Prinzipien unserer neuen Verfassung gelegen sein wird. Es ist unbedingt erforderlich, daß durch eine eingehende Beratung des Budgets für jedermann die Möglichkeit eröffnet wird, Einblicke in die gesamte Gebarung der Staatsverwaltung zu gewinnen und sich selbst ein Urteil über die Notwendigkeit der beschlossenen Ausgaben zu bilden. Wir müssen hier auf eine größere Öffentlichkeit unserer Finanzgebarung das größte Gewicht legen und ich möchte daher sehr darum bitten, daß an eine baldige Verabschiedung des bereits vorgelegten und, wie ich schon gesagt, demnächst zu ergänzenden Staatsvoranschlages geschritten werde. Soviel über meine allgemeinen budgetpolitischen Anschauungen.

Ich möchte Ihnen nun einen ganz kurzen, freilich recht wenig erfreulichen Überblick über die

budgetäre Lage geben. Aus dem vorgelegten Budget hat sich ein Defizit von zirka vier Milliarden ergeben. Durch die nachgefolgten Ereignisse ergibt sich, daß dieser Voranschlag viel zu rosig war und daß sich unsere staatsfinanziellen Verhältnisse als wesentlich ungünstigere herausstellen. Wir müssen nämlich insbesondere auch zufolge der inzwischen bekannt gewordenen Friedensbedingungen mit einer ganzen Reihe neuer Ausgaben rechnen. So müssen wir die Staatsschulden höher präliminieren, weil ja der Kreditbedarf der neuen Republik gedeckt werden mußte, woraus sich eine Erhöhung der Schulden und des Schuldendienstes ergibt. Die Notlage der Staatsangestellten nötigte zur Bewilligung von außerordentlichen Anschaffungs- und Übergangsbeiträgen. Die Unterhaltsbeiträge der Angehörigen der Volkswehr Männer und Kriegsgefangenen mußten fortgesetzt werden. Auch die Unterstützungen an die Arbeitslosen mußten bis Ende des Jahres 1919 erstreckt werden. Auch die Volkswehr ist noch nicht so abgebaut, als seinerzeit in Aussicht genommen wurde.

Weitere Mehrbelastungen aber ergeben sich, wenn ich nur die wichtigsten in Betracht ziehe, aus nachfolgenden Gesichtspunkten: Die Überweisungen an die Länder müssen zufolge der in den Landesbudgets nicht minder zum Durchbruch kommenden wirtschaftlichen Notwendigkeiten erhöht, sie müssen mindestens verdreifacht, wenn nicht vervierfacht werden. Wir müssen für die Kriegsgefangenenfürsorge und insbesondere für die Rückbeförderung der Kriegsgefangenen aus Sibirien außerordentlich große Beträge bereitstellen und ich will hier nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß die für diese Zwecke erforderliche Valutabeschaffung, welche ja doch humanitären Zwecken dienen soll, vielleicht eine besonders wohlwollende Behandlung seitens der neutralen und der Ententemächte erfahren möge. Denn es wäre doch wahrlich vom allgemein menschlichen Standpunkt aus auf das tiefste zu bedauern, wenn wir mangels an Mitteln unsere armen Kriegsgefangenen noch länger in ihrer Verbannung schmachten lassen müßten. Wenn mir aber ausländische Valuta in keiner Weise zur Verfügung gestellt wird, kann ich die hier in Frage kommenden Milliardenbeträge österreichischer Währung nicht beschaffen.

Eine sehr große Belastung des Staatsschatzes ergibt sich durch unsere Bemühungen, eine Verbilligung der Lebensmittelpreise bei den staatlich bewirtschafteten Artikeln eintreten zu lassen. Bei zahlreichen dieser Artikel ist allerdings schon durch energische Preiserhöhungen erreicht worden, daß der Ausfall des Staatsschatzes auf ein Minimum reduziert ist. Groß aber ist er noch immer bei den Mehl- und Brotpreisen. Eine genaue Berechnung ist ja nach dieser Richtung allerdings nicht gut auf-

zustellen, weil ich hier die schwankenden Valutapreise in Rechnung stellen müßte. Wenn ich aber die gegenwärtigen Valutenpreise in Betracht ziehe, so handelt es sich hier um mehrere Milliarden, die der Staat pro Jahr daraufzahlen muß. Das ist ein auf die Dauer unhaltbarer Zustand und es müssen Mittel und Wege gefunden werden, hier eine Ausgleichung zwischen den Beschaffungskosten der Lebensmittel und den Abgabepreisen derselben zu erzielen. Dabei verkenne ich nicht, daß es natürlich unvermeidlich sein wird, für den weiten Kreis der Fixangestellten und der auf Arbeitslöhne angewiesenen Bevölkerungskreise, parallel mit der Erhöhung der Preise dieser wichtigsten Lebensmittel auch wieder eine Regulierung ihrer Bezüge eintreten zu lassen. Wir denken und hoffen, eine Skala gewinnen und aufstellen zu können, welche einen möglichst automatischen Zusammenhang zwischen der Preissteigerung der unentbehrlichen Lebensmittel und den gezahlten Gehältern und Löhnen herstellt.

Durch den Friedensvertrag werden uns noch weitere neue Lasten auferlegt, deren ziffernmäßige Höhe allerdings derzeit unbekannt ist. Unbekannt beispielsweise ist ja vor allem die Hauptpost, die uns aus dem Titel der Wiedergutmachungen und Wiederherstellungen aufzuerlegenden Beträge, unbekannt sind auch die Lasten aus den alten Staatsschulden, weil ja über die Aufteilung derselben erst die durchzuführenden Abstempelungen und dergleichen entscheiden werden. Unbekannt sind auch die nach dem Friedensvertrag von uns zu übernehmenden Zivil- und Militärpensionen, unbekannt ebenso die Liquidationsausgaben für den alten Staat und den gemeinsamen Staat. Sicher ist hierbei nur das eine, daß mit den seinerzeit veranschlagten 24 Prozent des ursprünglichen Gesamtaufwandes angesichts der für uns so ungünstigen Friedensbedingungen das Auslangen nicht mehr gefunden werden kann.

Eine große Sorge bereiten mir endlich auch die Bestimmungen des Friedensvertrages über die Modalitäten, unter welchen die inländischen Schulden an das Ausland zurückgezahlt werden müssen. Hier bestimmt der Friedensvertrag in außerordentlich belastender Weise, daß alle solche inländischen Schulden in ausländischer Valuta zur Friedensrelation zurückgezahlt werden müssen. Das hat nun ganz erschreckende Konsequenzen. Denken Sie sich, daß jemand vor Kriegsausbruch eine Million Kronen bei einer österreichischen Bank eloziert hatte, welche zufolge des Kriegsausbruches nicht mehr zurückgezahlt werden konnte und durfte, so muß diese eine Million Kronen jetzt in ausländischer Valuta zur Friedensrelation zurückgezahlt werden, das heißt also, daß sie, wenn sie an einen Engländer zurückgezahlt werden muß, in englischen Pfunden zur Friedensrelation gezahlt werden muß, was heute ungefähr das Zwanzigfache des ursprüng-

lichen Betrages ausmacht, so daß für eine Million jetzt zirka 20 Millionen Kronen zurückgezahlt werden müssen. Das ist eine so ungeheure Belastung aller jener Kreise, welche mit dem Auslande in regen Geschäftsbeziehungen stehen, insbesondere aller Import- und Exportfirmen, aber auch aller Kreditinstitute, daß, wenn nicht noch in letzter Stunde eine Abänderung der Friedensvertragsbestimmungen im Wege der Reparationskommission gelingen sollte, nichts anderes übrig bleiben wird, als helfend und stützend von Staats wegen einzugreifen. Andernfalls würden wir mit einem allgemeinen Zusammenbruch der ganzen Wirtschaft, unserer Finanzen, der Versorgung unserer Wirtschaft mit Lebensmitteln, einem Zusammenbruch der wichtigsten Zweige der Industrie, namentlich auch mit einem Zusammenbruch unseres gesamten Kreditgebäudes rechnen müssen, was von ganz unabsehbaren Konsequenzen wäre.

Dieser gewiß wenig erfreuliche Zustand der Staatsfinanzen macht es mir nun zur unabweislichen Pflicht, raschestens an eine Sanierungsaktion zu schreiten. Diese wird sich in gleicher Weise auf den Abbau von Auslagen und auf den Ausbau der Staatseinnahmen beziehen müssen. Über den Abbau der Staatsausgaben habe ich ja schon einiges gesagt und ich glaube meine diesfälligen Ausführungen vielleicht besser der Budgetberatung vorbehalten zu können.

Von größerem Interesse sind ja wohl die Grundsätze für den Ausbau unserer Einnahmen. Hier möchte ich zunächst darauf hinweisen, daß wir die Staatsbetriebe in Zukunft unbedingt werden derart führen müssen, daß Defizite bei ihrer Gebarung ausgeschlossen bleiben. (Beifall.) Wir werden also dahin wirken müssen, daß die Staatseisenbahnverwaltung durch entsprechende Tarifierhöhungen zumindest ihre vermehrten Betriebsausgaben selbst bestreiten kann. Das wird nur durch etappenweise Erhöhung der Fracht- und Personentarife möglich sein. Hier ist ja einiges schon geschehen. Mitte Oktober sind Frachttarifierhöhungen um ungefähr 150 Prozent in Kraft getreten; Personentarifierhöhungen werden binnen kürzester Zeit folgen. Wir werden aber nach dieser Richtung noch eine zweite Etappe folgen lassen müssen, um das angestrebte Ziel einer Ausbilanzierung der Einnahmen und Ausgaben der Staatseisenbahnverwaltung zu erreichen. Dasselbe gilt bezüglich der Post-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren, die der eingetretenen Geldentwertung in keiner Weise nachgefolgt sind, so daß auch die Postverwaltung heute mit einem erheblichen Defizit arbeitet, da sie ja die Bezüge ihrer Beamenschaft ganz energisch erhöhen mußte.

Wichtiger aber noch sind natürlich die Ausgaben. Da will ich ganz kurz deren wichtigste Kategorie Revue passieren lassen. Ich möchte aber von vorneherein betonen, daß ich alle Abgaben-

kategorien zur Sanierung des Staatshaushaltes werde heranziehen müssen, wenngleich ich natürlich in erster Linie die leistungsfähigsten Schichten heranziehen, in erster Linie daher eine Erhöhung der direkten Abgaben in Aussicht nehmen muß. Ich werde aber auch bei den indirekten Abgaben, wie auch schon der Herr Staatskanzler heute ausgeführt hat, nicht achtlos vorübergehen dürfen. Eine Heranziehung der indirekten Abgaben rechtfertigt sich auch noch aus einem weiteren steuertechnischen Grunde. Wie ich schon früher ausgeführt habe, sind zufolge der Geldentwertung die nominellen Einkommen weiter Bevölkerungskreise sehr bedeutend gestiegen. Die direkte Steuerveranlagung vermochte aber diesen Veränderungen in keiner Weise zu folgen und wir stehen daher vor der ganz unbestreitbaren Tatsache, daß rein via facti das gesetzlich festgelegte Existenzminimum für die direkten Steuern tatsächlich ein ungleich höheres ist. Hier müssen nun ergänzend die indirekten Steuern eingreifen, sie müssen suppletorisch die hier vorhandene Steuerkraft auszuschöpfen suchen, worin ja überhaupt die ganze Aufgabe der indirekten Abgaben gelegen ist: sie müssen dort ohne große Veranlagungskosten eingreifen, wo noch eine steuerliche Leistungsfähigkeit ist, die jedoch direkt zu erfassen allzugroße Mühe und Arbeitsaufwand erheischen würde.

Wenn ich mit den staatlichen Monopolen beginne, so werden hier Preisregulierungen in allen Monopolgattungen erfolgen müssen, so auch beim Kochsalz, das zwar schon einmal gesteigert worden ist, wo aber die Steigerung durch die eingetretenen Vermehrungen der Betriebskosten fast vollständig absorbiert ist, so daß für das eigentliche Budget fast nichts resultiert. Weiters werde ich auf eine Ausgestaltung der Einnahmen aus den Erbschaftsteuern, dem Saccharin, hinwirken. Hier glaube ich aber vielleicht nicht auf den Widerspruch der Bevölkerung zu stoßen, wenn ich folgendes zu würdigen bitte. Durch die stetige Steigerung des Zuckerpreises werden wir nach wie vor genötigt sein, den Zuckerkonsum stark zu drosseln, weil wir einfach die erforderlichen Valuten zur Einfuhr des Zuckers nicht aufbringen können. Ich will aber durch die Ausgestaltung des Saccharinbetriebes, durch die Eröffnung einer bereits der Vollenendung entgegengehenden neuen Fabrik die Bedürfnisse der Bevölkerung nach Süßstoff befriedigen, und zwar zu billigeren Preisen, als dem Zuckerpreise entspräche. Während ursprünglich davon ausgegangen wurde, daß der Saccharinpreis so hoch gehalten werden soll, wie der äquivalenten Zuckermenge entspricht, sind wir durch die Ereignisse der jetzigen Zeit davon abgekommen. Der Saccharinpreis ist nicht erhöht worden, der Zuckerpreis mußte und wird noch weiterhin zufolge Rückganges der Valuta erhöht werden müssen und so ergibt sich für die Bevöl-

kerung aus dem Saccharinbezüge und aus der Ermöglichung, dieses Saccharin weiterhin ab Beginn des nächsten Jahres tatsächlich in genügender Menge beziehen zu können, vielleicht eine gewisse Erleichterung.

Sehr schwierig gestalten sich die Verhältnisse beim Tabakgefälle. Trotz aller bereits durchgeführten Erhöhungen sehen wir heute, daß wir nicht einmal die Betriebsauslagen vollständig zu decken vermögen, selbst wenn ich die eingetretene Entwertung unseres Geldes, die eingetretene Steigerung der Valuten vollständig außer Betracht lasse. Ich müßte allein eine Steigerung der Tabakpreise um 80 Prozent ihres jetzigen Preises vornehmen, um nur den früheren Ertrag des Tabakgefälles wiederherstellen zu können und dabei wäre noch nicht das gegenwärtige Disagio der Valuten gedeckt.

Noch mehr Sorge als diese Notwendigkeit bedeutender Preissteigerungen bereitet mir die Frage, wie ich denn überhaupt den Betrieb des Tabakmonopols ungestört aufrechterhalten werden könne. Wie Sie wissen, sind wir fast zur Gänze auf den Bezug des Tabaks aus dem Ausland angewiesen und es kommen für diese Bezüge ganz enorme Beträge an ausländischen Valuten in Frage. Es ist nun ganz unmöglich, daß ich vor Befriedigung der Valutenbedürfnisse für die Lebensmittelimporte Valuten zur Befriedigung der Tabakimportbedürfnisse zur Verfügung stelle und es ist klar, daß ich zuerst die unentbehrlichen Lebensmittel beschaffen muß, bevor ich an die Schaffung der entbehrlichen schreite. Hier wird sich ein Ausweg nur dadurch finden lassen, daß es gelingt, mit auswärtigen Gruppen Vereinbarungen zu treffen, welche uns das erforderliche Tabakmaterial gegen Stundung des entfallenden Preises auf mehrere Jahre ermöglichen.

Bei den Verbrauchssteuern sind Erhöhungen bereits durchgeführt. Hier ist angesichts des starken Konsumrückganges eine nennenswerte Vermehrung der Staatseinnahmen heute ohnehin kaum mehr zu hoffen. Wenngleich ich nicht versprechen kann, von Erhöhungen auf diesem Gebiete dauernd abzusehen, wird doch in nächster Zeit hier nicht mit einer größeren Steigerung zu rechnen sein. Wohl aber wird sich eine Reformnotwendigkeit nach der Richtung ergeben, daß wir unser ganzes Besteuerungssystem auf eine andere Grundlage stellen. Denn unser gegenwärtiges Steuersystem war auf der Voraussetzung aufgebaut, daß wir Selbstversorger sind, daß wir den erforderlichen Zucker, Branntwein im Inlande erzeugen können. Durch den Umsturz ist hier eine grundlegende Änderung eingetreten. Wir müssen fast alle diese Dinge wenigstens zur größeren Hälfte aus dem Auslande importieren und dadurch wird sich die Nötigung ergeben, andere Besteuerungsformen, die sich einer

mehr monopolistischen Gestaltung nähern, einzuführen. Das bietet den Vorteil sichererer und leichter Erfassung und ermöglicht auch die Ausschaltung von Zwischengewinnen, indem wir uns diesfalls an jene Organisationsformen anschließen werden, welche die Kriegswirtschaft gezeitigt hat. Gleiche Erwägungen, wie bei den Verbrauchssteuern werden sich auch bei den Finanzzöllen geltend machen. Auch hier wird mit einer Erhöhung zur Befriedigung unserer dringenden Staatsbedürfnisse gerechnet werden müssen.

Auch das Gebührenwesen wird zur Vermehrung der Staatseinnahmen beitragen müssen und hier denke ich insbesondere an die Einführung eines Mittelbegriffes zwischen Gebühren und indirekten Steuern, nämlich an eine Umsatzsteuer nach deutschem Muster. Die Umsatzsteuer bietet einige sehr bemerkenswerte Vorteile und ermöglicht die Gewinnung ganz erheblicher Beträge. Der Vorteil der Umsatzsteuer liegt darin, daß sie nicht den speziellen Aufwand in einem bestimmten Artikel, wie Bier, Braumwein oder Tabak, oder in sonstigen mit indirekten Steuern belegten Artikeln erfasst, sondern daß sie den Gesamtaufwand des Individuums berücksichtigt, wodurch naturgemäß eine ganz erheblich stärkere Vorbelastung der reicheren Schichten der Bevölkerung erzielt wird. Denn der Reiche kommt, wenn ich seinen Gesamtaufwand in Betracht ziehe, natürlich viel öfter in die Lage, Objekt der Umsatzsteuer zu werden, als der Ärmere, der mit einem kleinen Gesamtbudget zu rechnen hat. Und noch unterstrichen kann dieser Vorteil der Umsatzsteuer dadurch werden, daß ich eine Prägravierung der Luxusausgaben innerhalb der Umsatzsteuer in Aussicht nehme, wenngleich natürlich die Umschreibung des Begriffes der Luxusausgaben einigen Schwierigkeiten begegnet. Wenn ich das deutsche Muster mit einigen Vereinfachungen und Erleichterungen einer Ertragschätzung zugrunde lege, die natürlich nur ganz vage sein kann, so ist immerhin mit der Möglichkeit zu rechnen, aus der Umsatzsteuer eine Bedeckung von zirka 250 bis 350 Millionen Kronen zu erhalten, wenn mit einem Prozentsatz von $1\frac{1}{2}$ Prozent im allgemeinen und etwa 15 Prozent für Luxusausgaben gerechnet wird.

Bei den Erb- und Schenkungsgebühren möchte ich für die allernächste Zeit das Hauptgewicht auf eine Verbesserung der Veranlagungstechnik legen; denn der Krebschaden dieser gewiß noch nicht voll ausgeschöpften Einnahmequelle besteht in den notorisch durchaus unzulänglichen Bewertungen der Nachlassvermögen, die nicht nur zu unerwünschten Ungleichmäßigkeiten, sondern auch zu einer ungerechten Bevorzugung speziell der leistungsfähigeren Kreise der Bevölkerung führen. Es ist nun allerdings leichter, eine Veranlagungstechnik zu kritisieren, als sie zu verbessern. Ich hege aber die feste Zuversicht, daß die Erbsteuer durch die in Aussicht

genommene und sofort zu besprechende Vermögensabgabe sehr wesentlich unterstützt wird und daß wir gegenseitige Kontrollbehelfe zwischen der Erbsteuerveranlagung und der Vermögenssteuerveranlagung erreichen werden.

Selbstverständlich werde ich schon demnächst eine generelle Erhöhung der festen Stempelgebühren in Antrag bringen müssen, weil diese dem so stark gesunkenen Geldwert nicht in genügender Weise gefolgt sind. Ebenso werden die Gebührenskalen, das Gebührenäquivalent und die Aktienemissionsgebühren einer Erhöhung zugänglich gemacht werden können, woraus immerhin auch einige 40 Millionen werden gewonnen werden können.

Wie ich aber schon früher betont habe, wird das Hauptgewicht auf das Gebiet der direkten Steuern zu legen sein. Auch hier möchte ich in erster Linie auf eine Verbesserung und Beschleunigung der Veranlagung hinwirken. Es ist in der Öffentlichkeit nicht mit Unrecht vielfach gerügt worden, daß die Veranlagung der laufenden direkten Steuern in Rückstand geblieben ist. Ich leugne dies nicht, wenn ich auch zu berücksichtigen bitte, daß diese Rückstände insofern entschuldbar erscheinen, als ja das Behördenpersonal für die direkten Steuern lange Zeit durch die Kriegsverhältnisse stark gelichtet war und dieses gelichtete Personal zu vielfachen außerhalb ihres unmittelbaren Agendenzkreises gelegenen Aufgaben abgezogen wurde, insbesondere auch mit den Vorbereitungen für die Vermögensabgabe sehr stark in Anspruch genommen war. Immerhin wird das größte Gewicht darauf gelegt werden müssen, daß die Arbeitsrückstände jetzt ehestens aufgearbeitet werden, damit die Steuerbehörden für die ihnen bevorstehenden neuen großen Aufgaben in der Vermögensabgabe freie Hand haben. Ich bin überzeugt, daß die pflichttreue Beamtenschaft des direkten Steuerdienstes, welche ja hoffentlich aus meiner früheren Wirksamkeit her mich noch als einen der ihrigen betrachtet, mich in diesen meinen schwierigen Aufgaben voll unterstützen wird.

Eine Reform wird sich dann weiter auch auf die bei den kontingentierten Steuern, die allgemeine Erwerbsteuer und die Grundsteuer, beziehen. Die allgemeine Erwerbsteuer ist einer Neuregelung ohnehin bedürftig, weil die Veranlagung für die Jahre 1918 und 1919 noch nicht durchgeführt werden konnte und einer legislativen Tätigkeit offensteht. Bei der Grundsteuer sind die Schwierigkeiten allerdings besonders groß, denn eine mechanische Erhöhung der Grundsteuer würde speziell jetzt, nach Einführung der Brotzulage, welche ja vielfach wie ein Zuschlag zur Grundsteuer wirkt, durchaus ungerechte Resultate zeitigen. Ich gestehe ganz offen, daß ich mit der Grundsteuer für staatliche Finanzzwecke nicht viel anzufangen weiß und überzeugt

bin, daß die Länder die Grundsteuer vielfach besser auszunutzen verstehen werden als der Staat. Es ist ja auch in Aussicht genommen, bei der im Zuge der Verfassungsreform bevorstehenden allgemeinen Auseinandersetzung zwischen Staat und Ländern bezüglich der Steuerquellen eine Überweisung der Grundsteuer und womöglich auch der Gebäudesteuer an die Länder durchzuführen. Das wird um so leichter möglich sein, als einerseits die finanzielle Bedeutung dieser beiden kontingentierten Steuern für den Staat jetzt nicht mehr dieselbe ist wie früher und andererseits die von mir projektierte Einführung einer laufenden Vermögensabgabe für den Staat einen gewissen Ersatz für den Ausfall schaffen wird.

Sie gestatten mir wohl, wenn ich nicht näher auf die erwähnten Reformideen schon heute eingehe und mich nur noch der aktuellsten dieser Fragen, der einmaligen Vermögensabgabe, zuwende und dieser noch einige nähere Ausführungen widme.

Ich schicke gleich voraus, daß ich mir die einmalige Vermögensabgabe im großen und ganzen nach dem Muster des deutschen Reichsnotopfers vorstelle, das heißt also als eine in der Regel auf 30 Jahre echelonierte Steuer, wobei ich aber gleich hinzufüge, daß ich durch alle mir zugänglichen Mittel bewirken will, daß im weitestmöglichen Umfange die Abstattung auf einmal und im voraus erfolgen werde.

Ich leugne gar nicht, daß gegen die einmalige Vermögensabgabe große Bedenken geltend gemacht werden können und ich selbst habe mich ihnen lange Zeit nicht verschlossen. Es ist eine schwierige und nicht unbedenkliche Sache, einer durch einen vieljährigen Krieg und nachgefolgten Zusammenbruch wirklich schwer entkräfteten Wirtschaft noch einen so großen Aberlaß zuzumuten, wie ihn eine einmalige Vermögensabgabe darstellt. Allein, meine Damen und Herren, es liegt im Zuge der Zeit, daß die einmalige Vermögensabgabe überall gefordert wird, sie ist sozusagen ein fester Bestandteil des politischen Glaubensbekenntnisses fast aller Parteien geworden und sie muß daher aus politischen und aus den vom mir genügend angedeuteten staatsfinanziellen Gründen durchgeführt werden unter Hintanzetzung aller volkswirtschaftlichen Bedenken, die wir durch sorgfältige Ausgestaltung der einzelnen Bestimmungen nach Zinlichkeit werden vermeiden können.

Viel umstritten ist die Frage, ob die einmalige Vermögensabgabe nach der sogenannten objektiven oder aber nach der subjektiven Methode durchgeführt werden soll. Scheinbar empfiehlt sich die objektive Methode, woselbst ohne Mitwirken des Steuerpflichtigen das Objekt an der Quelle erfaßt werden kann. Die objektive Methode beruht auf dem Grundsatz, daß der wirtschaftliche Mechanismus

den empfangenen Stoß automatisch einer Billardkugel gleich weiterleiten wird, daß man es also beruhigt dem Schuldner, der zum Abzug der Vermögensabgabe verhalten worden ist, überlassen könne, sich bei seinem Gläubiger zu regressieren.

Allein in der Wirklichkeit stellen sich dem erhebliche Bedenken entgegen. Zunächst kommt in Betracht, daß unsere Republik heutzutage ein viel zu kleines territoriales Gebiet darstellt und auf diesem territorialen Gebiete ganz unverhältnismäßig große internationale Beziehungen noch von früher her besteht. Nun ist es klar, daß der ausländische Gläubiger sich einen Abzug durch den inländischen Schuldner nicht wird gefallen lassen und daß daher in dieser Richtung seitens des Staates Vorkehrungen werden getroffen werden müssen. Ebenso klar ist, daß der ausländische Schuldner den österreichischen gesetzlichen Bestimmungen nicht Folge leisten muß und daher auch bei diesen Kategorien von Vermögensobjekten die objektive Methode von vornherein versagen würde. Dann würde sich auch die von mir früher erwähnte Stoßweiterleitung nur in größeren Zeitintervallen durchsetzen können. Der Schuldner muß in einem bestimmten Zeitpunkte abführen, kommt aber vielleicht erst in einem viel späteren Zeitpunkte dazu, sich bei seinem Gläubiger zu regressieren. Dadurch würde er in Geldsalamitäten kommen, in seiner Wirtschaft beengt werden, was dazu nötigen würde, Moratorien einzuführen, wie wir dies in der Tschecho-Slowakei, die in gewissen Belangen die objektive Methode zur Anwendung bringt, erst kürzlich gesehen haben. Moratorien aber, meine Herren, dürfen wir, die wir um Kredit werben und werben müssen, leichtfertiger Weise, wenn sie nicht unbedingt erforderlich sind, gewiß nicht einführen.

Auch die vermeintliche technische Vereinfachung durch die objektive Methode verkehrt sich bei näherem Zusehen in das direkte Gegenteil. Meine Herren! Die objektive Methode kann nur mit einer proportionalen und ausnahmslosen Besteuerung der Objekte rechnen, sie ist also nicht in der Lage, progressiv zu wirken und sie ist nicht in der Lage, Befreiungen zu gewähren. Will man diese unbedingten Erfordernisse einer modernen Steuerpolitik doch verwirklichen, so erübrigt nichts anderes, als auf die objektive Methode eine subjektive Methode aufzupropfen und damit, meine Herren, wird statt der angestrebten Vereinfachung eine unendliche Komplizierung des ganzen Veranlagungsapparates bewirkt, und zwar aus zwei Gründen: während die subjektive Methode von vornherein sich darauf beschränken kann, nur jene Kreise unter die Lupe zu nehmen, von welchen sie mit Berechtigung annimmt, daß sie vermögensabgabepflichtig sein werden, erfaßt die objektive Methode jedermann, der überhaupt ein Vermögensobjekt besitzt. Wenn ich diesem kleinen

Mann nun die Möglichkeit einer Entlastung oder Befreiung von der bereits abgeführten Steuer geben will, so führt dies dazu, daß wir für alle, überhaupt der Besteuerung unterworfenen Objekte eine überprüfende Veranlagung durchführen müssen, das heißt, daß sich die Steuerbehörde mit jedermann, der ein abgabepflichtiges Vermögensobjekt hat, zu beschäftigen hat. Ich werde daher nicht mit weniger Veranlagungen, sondern umgekehrt mit einer viel größeren Anzahl von Veranlagungen rechnen müssen als bei der subjektiven Methode; ich glaube, wir würden eine Verzehnfachung der gesamten Arbeit erzielen, wenn wir die allgemein durchgeführte objektive Besteuerung dann nachträglich durch eine subjektive Veranlagung berichtigen wollen.

Dazu kommt aber, meine Herren, daß der Hauptanreiz der objektiven Methode, nämlich die Erfassung auch des Banknotenbesitzes, bei den heutigen Verhältnissen meines Erachtens nicht mehr erreichbar ist. Ich will es dahin gestellt sein lassen, ob wir nicht im März, als wir das erstmal zu einer Notenabstempelung, zu einer Notenfennzeichnung geschritten sind, nach dem Beispiele der Tschechoslowakei eine Vermögensabgabe mit der Abstempelung der Noten hätten verbinden können; denn damals waren die Verhältnisse für uns ganz besonders günstige, es gab damals im Auslande keine deutsch-österreichischen Noten und wir hätten allen Einwendungen des Auslandes gegenüber leichtes Spiel gehabt. Wenn ich heute eine Notenabstempelung durchführen will, so müßte ich eine neue Abstempelung der Noten durch Einziehung aller zirkulierenden deutschösterreichischen Noten und Ausgabe neuer Noten ins Auge fassen. Das hätte den enormen Nachteil, daß wir zum Beispiel im Auslande dann dreifache österreichische Noten in Zirkulation hätten, was den ohnehin schon enormen Unwillen des Auslandes gegenüber den Komplikationen unseres Währungssystems bedeutend vermehren würde. Wir hätten auch mit dem Unwillen und Mißtrauen des Auslandes infolge der Reduktion des Wertes der Banknote zu rechnen, und was nicht außer acht gelassen werden kann, die technische Durchführung einer solchen Abstempelung würde viele, viele Monate erfordern und dadurch die ganze so dringende Vermögenssteuerveranlagung weiterhin verschleppen. Vor allem aber müßte ich neuerlich eine Noteneinziehung, eine Depotsperre und Kontensperre bewirken und das, meine Herren, sind Manipulationen, die ich der Geduld unserer Bevölkerung und der Leistungsfähigkeit unseres Veranlagungsapparates einfach nicht mehr zumuten kann. Noch weniger aber vermöchte ich das hierdurch hervorgerufene Mißtrauen des Auslandes zu verantworten, denn, meine Herren, auf das Vertrauen des Auslandes in unsere Finanzverwaltung sind wir in der nächsten Zeit unbedingt angewiesen.

Die Vorteile der objektiven Methode sind mir aber zu einem großen Teil bereits gesichert, denn der seinerzeit eingeführte Legitimationszwang bei der Notenabstempelung hat den Steuerbehörden ein sehr wertvolles Material in die Hand gespielt. Ebenso sind die damaligen obligatorischen Depotnachweisungen ein ungemein wertvoller Behelf für die künftige Steuerveranlagung. Endlich wird es auch möglich sein, durch geeignete Bestimmungen die objektive Methode den Aktiengesellschaften gegenüber zur Anwendung zu bringen. Nur wird das voraussetzen, daß die bereits bei der Aktiengesellschaft erfolgte Besteuerung beim Aktienbesitzer entsprechend berücksichtigt wird, denn ich könnte eine Doppelbesteuerung speziell des Aktienbesitzes aus volkswirtschaftlichen Gründen nicht anraten und würde sie auch finanzpolitisch als nicht gerechtfertigt bezeichnen müssen. Im Rahmen der Besteuerung der Aktiengesellschaften wird sich auch der gewiß beachtenswerte Gedanke von Gratisaktien behufs Abstattung der Vermögensabgabe realisieren lassen, nur glaube ich, daß wir uns hier mit der Fakultät zur Ausgabe von Gratisaktien werden bescheiden müssen, während ein Zwang deswegen nicht zu empfehlen wäre, weil ja den Gratisaktien unleugbar unter gewissen Umständen auch erhebliche kreditpolitische Bedenken entgegenstehen.

Selbstverständlich wird die Anwendung der subjektiven Methode eine sorgfältige Ausgestaltung des Veranlagungsapparates bedingen und ich bin fest entschlossen, in dieser Richtung gegenüber dem bisherigen Zustande ganz bedeutende Verschärfungen einzuführen. Die subjektive Methode gibt mir in dem Bekenntnisse einen ungemein wertvollen, leider vielleicht nicht rechtzeitig ausgenützten Behelf.

Wer aber in diesen Behelf mir unrichtige Daten hineinschreibt, der wird es sich selbst zuschreiben haben, wenn er die ins Auge zu fassenden drakonischen Strafbestimmungen über sich wird ergehen lassen müssen. Meine Herren! Ich erkläre ganz offen, daß ich gegen Steuerhinterzieher eine Nachsicht absolut nicht am Platze halte, ja sie unverantwortlich finde, unverantwortlich nicht nur gegenüber dem Fiskus, sondern unverantwortlich insbesondere gegenüber allen redlichen Steuerträgern (*Zustimmung*), welche gegenüber illoyalen Steuerträgern ins Hintertreffen kommen, welcher Umstand um so mehr zu berücksichtigen ist, je höher die Abgabensätze sind. Ich werde also nicht davor zurückschrecken, die obligatorische Veröffentlichung schon der rechtskräftigen Einleitung von Strafuntersuchungen wegen Steuerhinterziehungen im Amtsblatte in Antrag zu bringen, die obligatorische Veröffentlichung jeder Verurteilung wegen derartige Steuerdelikte, ja, ich würde auch nicht davor zurückschrecken, wieder auf das alte Requisit des Schuldarrestes zurückzugreifen für jene Ausnahmefälle, in

denen der Steuerpflichtige nur aus dem Grunde seinen gesetzlichen Leistungen nicht zu entsprechen vermag, weil es ihm in der Zwischenzeit gelungen ist, sein Vermögen nach dem Auslande in Sicherheit zu bringen. Der Mann soll vor die Alternative gestellt sein: Entweder mache ich die Verschleppung meines Vermögens rückgängig oder aber ich setze meine Schuld an den Staat im Arreste ab!

Durch alle diese Modalitäten glaube ich eine ganz entsprechende Veranlagung der Vermögensabgabe in Aussicht stellen zu können. Allerdings verhehle ich mir nicht, daß es bei gewissen Kategorien des Vermögens natürlich großen Schwierigkeiten begegnen wird, eine richtige Bewertung zu erzielen. Das gilt insbesondere für das private industrielle Vermögen und für den gesamten landwirtschaftlichen Besitz. Aber diese Schwierigkeiten bestehen bei der objektiven Methode ebenso wie bei der subjektiven Methode. Hier wird es eben Aufgabe des Gesetzgebers sein, nach Möglichkeit Rantelen zu schaffen, welche ebensowohl die Interessen des Staatsschatzes wie die Interessen der Steuerpflichtigen beschützen.

Ich verspreche mir besondere Erfolge für eine richtige Veranlagung aber auch davon, daß ich neben die einmalige Vermögensabgabe eine fortlaufende Vermögensabgabe und eine Vermögenszuwachssteuer setzen will. Dadurch wird das Risiko, welches die einmalige Vermögensabgabe unleugbar enthält, weil sie gewissermaßen mit einem Schlag pro und contra Definitives schafft, verringert. Wir werden dann in die Lage versetzt sein, sukzessive Verbesserungen der Vermögensabgabeveranlagung herbeizuführen, und insbesondere wird das Damoklesschwert der Vermögenszuwachsabgabe dem Steuerpflichtigen den Anreiz nehmen, zu versuchen, bei der einmaligen Vermögensabgabe durchzuzurutschen, weil er dann bei der Vermögenszuwachsabgabe um so mehr zu leisten haben wird.

Ich glaube, es ist die ökonomischste Verwendung von Steuern, wenn man die eine Steuer gleichzeitig zu Kontrollzwecken für die andere Steuer verwendet.

Über die Erträge der Vermögensabgabe kann man insoweit nicht viel sagen, als die Entscheidung über die Höhe der Sätze noch nicht gefällt ist, und diese Entscheidung, hohes Haus, wird bei Ihnen liegen. Immerhin glaube ich, daß man auch bei recht vorsichtigen Schätzungen mit einer Abgabe von 8 bis 10 Milliarden mindestens wird rechnen können, ein Betrag, welcher für die Verankerung unseres Budgets, für die Erleichterung unseres Schuldenstandes immerhin in die Wagchale fallen wird.

Nun gestatten Sie mir bezüglich der Erzielung dieser Beträge und deren Verwendung noch

einige Bemerkungen zu machen. Es wurde in der Öffentlichkeit mehrfach das Bedenken geltend gemacht, daß zufolge der Bestimmung des Artikels 197 des Friedensvertrages vielleicht die Entente die Hand auf die Ergebnisse der einmaligen Vermögensabgabe legen können. Nun, meine Herren, ich glaube nicht, daß diese Befürchtung eine begründete ist, und verweise darauf, daß auch das Deutsche Reich, welches ja in gleicher Weise vorgegangen ist, diese Befürchtungen nicht gehegt hat. Ich glaube, mit vollem Recht. Der Artikel 197 des Friedensvertrages besagt nämlich, daß der gesamte Besitz und alle Einnahmsquellen Österreichs an erster Stelle für die Wiedergutmachung haften. Dieser Artikel kann doch unmöglich dahin ausgelegt werden, daß jede Einnahme aus irgendeiner normalen Einnahmsquelle Österreichs für die Wiederherstellung zu verwenden sei, denn mit demselben Rechte könnte ja auch der Ertrag aller bestehenden Steuern schon für diesen Titel in Anspruch genommen werden und das würde jede Gehabung in Österreich gänzlich unmöglich machen und insbesondere auch der Entente die Möglichkeit benehmen, fortan mit einem geordneten Staatswesen Beziehungen unterhalten und die Reparationsforderungen einem solchen Staatswesen gegenüber geltend machen zu können. Ich fürchte also diese Auslegung nicht, um so weniger als ja schon gewisse Äußerungen vorliegen, welche darauf schließen lassen, daß die Ententemächte uns in dem jetzigen so schwierigen Übergangsstadium keine unnötigen Hindernisse bereiten, im Gegenteil uns gewisse Erleichterungen und Unterstützungen werden zukommen lassen. Ich glaube, daß sie dabei durchaus nicht nur in altruistischem, sondern auch im egoistischen Interesse so handeln müsse, denn nur bei Konsolidierung unserer Verhältnisse darf sie überhaupt hoffen, die verlangten Reparationskosten von uns im Laufe der Zeit ersetzt zu erhalten.

Endlich darf man sich ja die Sache auch nicht so vorstellen, daß die einmalige Vermögensabgabe gewissermaßen den früheren Juliusturm mit Silber- und Goldmünzen anfüllen werde, so daß man einfach die Hand auf diesen Besitz zu legen hätte. Die Vermögensabgabe wird ja zum großen Teil in Kriegsanleihe eingehen, die einfach durchlocht und vernichtet wird, zum großen Teil in barem Geld, das ich leider Gottes unmittelbar werde verbrauchen müssen, endlich in hypothekarischen Sicherstellungen und Verpfändungen, welche ohnedies als Fundierung womöglich ausländischer Anlehen in Aussicht genommen sind. Ich glaube daher nicht, daß die aus dem Artikel 197 abgeleiteten Bedenken irgendwie so gewichtig erachtet werden können, daß ihrretwegen der Plan der einmaligen Vermögensabgabe, der sich aus so vielen anderen Ursachen gebieterisch aufdrängt, zurückgestellt werden müßte.

Gestatten Sie mir nun, noch einige Bemerkungen über die Verwendung dieser Abgabe vorzubringen. Es wäre gewiß außerordentlich schön, wenn es gelänge, die Vermögensabgabe allgemein und ausschließlich zur Abbildung von Schulden zu verwenden. Allein, meine Herren und Damen, wir dürfen uns auch da keinen überschwänglichen Hoffnungen und irrigen Anschauungen hingeben. Es nützt doch ganz offenbar nichts, auf der einen Seite Schulden zu tilgen und auf der anderen Seite neue Schulden zu machen. Die Schuldentilgung hat nur dann einen Wert, wenn ich damit die Schuldenlast an sich verringere. Aber alte Schulden durch neue zu ersetzen hat nicht nur keinen Wert, sondern wäre unter den heutigen Verhältnissen direkt schädlich, denn ich könnte mir neues Geld entschieden nur zu ungünstigeren Bedingungen und unter Aufwendung neuerlicher Finanzierungskosten verschaffen, was unter allen Umständen vermieden werden muß. Ich werde also leider wahrscheinlich in die Nötigung versetzt sein, einen Teil der Vermögensabgabe anders als zu Schuldentilgungen zu verwenden. Man darf aber nicht glauben, daß damit eine Verbröselung der Vermögensabgabe für laufende Auslagen in Aussicht genommen ist. Diese Ausgaben der Übergangswirtschaft sind ja eigentlich auch nichts anderes als Kriegsauslagen, es sind Auslagen, die uns durch den schwierigen Übergang aufgenötigt werden und mit der Überwindung dieser Übergangsschwierigkeiten wieder in Wegfall kommen werden. Es ist also nicht eine Heranziehung der einmaligen Vermögensabgabe für laufende Auslagen, sondern es ist die unmittelbare Verwendung der Erträgnisse dieser außerordentlichen Einnahmen für außerordentliche Ausgaben, für die ich sonst Schulden machen müßte.

Ich werde daher die Vermögensabgabe nur höchstens zu zwei Dritteln durch Kriegsanleihe absetzen lassen und habe hier den Kurs von zirka 75 in Aussicht genommen. Diese Frage hat eine große Bewegung hervorgerufen und ich werde mir erlauben, am Schlusse meiner Ausführungen auf sie in extenso zurückzukommen.

Ich möchte nur noch weiters folgendes bemerken: Ich habe gesagt, daß die Vermögensabgabe im allgemeinen in 30jährigen Annuitäten abgestattet werden kann, daß ich aber die einmalige Abstattung, die Vorauszahlung mit allen Mitteln fördern will. Ich gedenke da keineswegs Annuitätenzahlungen auch in Kriegsanleihe entgegenzunehmen, sondern ich will als PreSSIONSMittel für die sofortige Abstattung der Vermögensabgabe die Vorschrift aufnehmen, daß Kriegsanleihe nur bei Vorauszahlungen, die innerhalb eines Jahres nach der Bemessung der Vermögensabgabe geleistet werden, Verwendung finden darf. Weiter werden als Prämie für die sofortige Zahlung der Vermögensabgabe auch noch

prozentuelle Nachlässe an der Steuer in Antrag gebracht, die je nach dem Zeitpunkt der Vorauszahlung abgestuft werden sollen.

Und nun gestatten Sie mir, meine Herren und Damen, zum Schlusse zu kommen. Ich habe im Laufe meiner Ausführungen wiederholt darauf verwiesen, daß wir alles tun müssen, um das Vertrauen des Publikums des Inlandes und des Auslandes in unsere gesamte Finanzgebarung wieder zu gewinnen. Sie werden sich auch erinnern, daß ich bis vor kurzem der Leitung einer Großbank angehört habe, und Sie werden mir vielleicht wenigstens aus dieser meiner früheren Verwendung her die Erkenntnis zubilligen wollen, daß ich die Bedeutung eines Staatsbankerotts in seiner Rückwirkung auf unsere gesamte Volkswirtschaft und speziell auf unsere Kreditorganisation voll zu würdigen weiß. Man sollte also meine wiederholte Beteuerung, daß ich alles daransetzen will, das Vertrauen der Öffentlichkeit für meine Finanzverwaltung wieder zu gewinnen, und meine frühere Verwendung im praktischen Finanzleben vielleicht doch als genügende Momente dafür gelten lassen, daß man mir nicht den Verdacht zu unterstellen braucht, daß ich mit der Idee eines Staatsbankerotts liebäugle. Gleichwohl haben die früher erwähnten Angriffe gegen meinen Vorschlag des Annahmekurses der Kriegsanleihe in der Öffentlichkeit dazu Anlaß gegeben, mich unter anderem selbst in Straßenplakaten als denjenigen hinzustellen, welcher auf einen Staatsbankerott hinarbeite.

Nun, meine Herren, ich habe eingangs meiner Ausführungen die traurigen Folgen der Zerrüttung unseres Geldwesens dargestellt und ich fürchte sehr, daß es bei der gegebenen Sachlage überhaupt nicht möglich sein wird, die bereits eingetretenen volkswirtschaftlichen Schäden zur Gänze oder auch nur zum größten Teile wieder gut zu machen, wenn gleich ich ja in Aussicht gestellt habe, mein möglichstes dafür zu tun, daß eine Regenerierung und Erhöhung des gegenwärtigen so tief gesunkenen Geldkurses wieder erreicht werde. In dieser eingetretenen Geldentwertung und Minderung der Kaufkraft unserer Noten darf man jedoch meines Erachtens noch keineswegs einen Staatsbankerott erblicken. Denn von einem Staatsbankerott kann man doch nur dann sprechen, wenn eine vorsätzliche und absichtliche Entziehung des Schuldners, also des Staates, gegenüber der Verpflichtung zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten angestrebt ist. Die Geldentwertung, die bei uns infolge der Noteninflation herbeigeführt worden ist, entsprang durchaus nicht derartigen Absichten, sie war ein durch die Not der Zeit gegebenes unvermeidliches Ausfunksmittel, zu welchem ja von jeher alle Staaten in ähnlicher Lage greifen und wir sind durchaus nicht die einzigen, welche im Kriege die Notenpresse

in Bewegung gesetzt haben. Wir sehen in allen Staaten des Auslandes, selbst den siegreichen, ein ganz unverhältnismäßiges Anschwellen der Notenzirkulation und parallel hiermit eine, wenn auch natürlich nicht so weitgehende, Entwertung des Geldes. Und doch spricht niemand dort von einem Staatsbankrott und sollte auch bei uns aus diesem Grunde von einem Staatsbankrott keineswegs gesprochen werden. (*Sehr richtig!*) Von einem solchen Staatsbankrott könnte höchstens gesprochen werden, wenn der Staat daranginge, nimmehr vorzüglich und absichtlich eine weitere Entwertung des Geldes herbeizuführen, um auf diese Weise sich die Abstoßung seiner eingegangenen Verpflichtungen zu erleichtern. Davon aber, meine Herren, ist nach meinen ausdrücklichen Erklärungen nicht die Rede, abgesehen davon, daß ich es für volkswirtschaftlich ziemlich ausgeschlossen hielt, auf diesem Wege das angestrebte Ziel zu erreichen; denn, wie ich schon eingangs gesagt habe, eine fortschreitende Entwertung des Geldes findet ihr Ende, und zwar im Zusammenbruch der ganzen Geldverfassung, so daß mit einer fortschreitenden Entwertung des Geldes allein durchaus nicht das Ziel erreicht werden kann, sich seiner Schulden zu entledigen.

Ich glaube daher, daß mir in bezug auf das Geldwesen die Absicht eines Staatsbankrotts nicht imputiert werden darf, und ich habe ja schon früher betont, daß ich mich eines gewalttätigen Eingreifens in unser Geldwesen, einer jeden Wertabstempelung der Noten und einer jeden einseitigen Kürzung der staatlichen Verpflichtungen sowohl bezüglich der Zinsen als des Kapitals widersetzen werde, so daß diesbezügliche Beunruhigungen im Publikum gänzlich überflüssig sind.

Es bleibt also nur der Anklagepunkt bezüglich des Annahmewertes der Kriegsanleihe übrig. Hier scheint eine mißverständliche Auffassung zu dem Glauben geführt zu haben, daß, wenn ich die Kriegsanleihe bei der Vermögensabgabe nur zu 75 Prozent an Zahlungs Statt nehmen will, ich auch die Einlösung bei der feinerzeitigen Fälligkeit nicht zum vollen Nennwert mehr ins Auge fassen kann. Man scheint, wenn ich recht berichtet worden bin, so zu argumentieren: Es kann nicht die Absicht des Staates sein, die verschiedenen Anleihebesitzer verschieden zu behandeln, dem einen nur 75 Prozent zu zahlen und dem andern ein, zwei Jahre später 100 Prozent. Das ist eine ganz richtige Konklusion, nur beruht sie auf einer absolut falschen Prämisse. Ich habe nämlich niemals ins Auge gefaßt und denke auch nicht in Antrag zu bringen, daß bei den Vermögensabgabeabstattungen alle Kriegsanleihen in gleicher Weise an Zahlungs Statt angenommen werden sollen. Ich gedenke vielmehr diese Begünstigung — und als solche muß man es betrachten — auf bestimmte Kategorien der Kriegsanleihe einzuschränken. Das

Vermögensabgabegesetz wird die allgemeine Bestimmung enthalten, daß es dem Steuerpflichtigen freisteht, seine Abgabe im Verhältnisse der Vermögenszusammensetzung in natura in gewissen marktgängigen Vermögenswerten zum Schätzungswerte abzustatten, das heißt, wenn ein Vermögen beispielsweise zu einem Viertel aus kurzfristigen Kriegsanleihen zusammengesetzt ist, so wird es diesem Abgabepflichtigen gestattet sein, zu einem Viertel seine Abgabe in diesen Kriegsschatzscheinen abzuführen zu demselben Kurse, zu welchem sie bei der Vermögensfeststellung eingeschätzt worden sind. Über dieses allgemeine Zugeständnis hinaus aber beabsichtige ich, bezüglich der Besitzer der langfristigen Kriegsanleihe, welche zu begünstigen seitens der Finanzverwaltung immer die Absicht bestanden hat und auch immer betont wurde, das Benizizium zu konstituieren, daß die Vermögensabgabe bis zu zwei Drittel in dieser langfristigen Kriegsanleihe abgestattet werden kann. Es ist damit aber keineswegs irgendeine Schädigung der Besitzer der kurzfristigen Anleihe beabsichtigt, die kurzfristige Anleihe erfordert vielmehr schon für eine sehr naheliegende Zeit anderweitige kreditpolitische Maßnahmen und ich werde nicht ermangeln, rechtzeitig mit diesbezüglichen Vorschlägen an die hohe Nationalversammlung heranzutreten. Diese kreditpolitischen Maßnahmen werden dafür vorzusehen haben, daß diese Kriegsanleihebesitzer dieselbe Begünstigung erfahren werden, wenn auch in anderer Weise, als sie jetzt den Besitzern langfristiger Kriegsanleihe bei der Vermögensabgabebzahlung in Aussicht gestellt wird. Die rege Nachfrage nach langfristiger Anleihe und die Entlastung des Marktes wird übrigens allen Kategorien zugute kommen.

Die Frage, zu welchem Kurse die Kriegsanleihe nun an Zahlungs Statt angenommen werden soll, scheint mir vielfach einseitig überschätzt zu werden; denn, meine Herren, wir dürfen ja darüber nicht hinweggehen, daß es eine ziemlich selbstverständliche Sache ist, daß die Kriegsanleihe zu demselben Kurse übernommen wird, mit dem sie in der Fassung bei der Ermittlung des Vermögens der Besitzer zu veranschlagen ist. Damit verliert die Frage einen großen Teil ihrer Bedeutung, denn je höher ich die Kriegsanleihe an Zahlungs Statt annehme, desto höher schätze ich sie bei der Wertermittlung des Vermögens ein, und Differenzen für den Anleihebesitzer ergeben sich pro oder contra ausschließlich nur danach, wie sein Vermögen bezüglich der Kriegsanleihe zusammengesetzt ist. Hat er sehr viel Kriegsanleihe, mehr als er zur Abstattung verwenden kann, so ist die höhere Bewertung für ihn direkt ein Schaden, und nur wenn er verhältnismäßig weniger Kriegsanleihe hat, erübrigt für ihn ein kleiner aber durchaus nicht beträchtlicher Nutzen. Die Frage hat daher keineswegs

jene große Bedeutung, die ihr heute vielfach zugeschrieben wird. Sie wird ja übrigens bei der Diskussion über die Vermögensabgabe noch ausführlich erörtert werden können. Heute möchte ich gegenüber den so vielfach falschen Gerüchten und der eingetretenen Beunruhigung nur konstatieren, daß für den Staat keine rechtliche Verpflichtung besteht, Kriegsanleihe überhaupt an Zahlungen statt anzunehmen. Es handelt sich bei diesem Anerbieten vielmehr um eine Zweckmäßigkeitserwägung, die als eine Begünstigung gemeint ist, von der aber niemand Gebrauch machen muß, der seinen Vorteil dabei nicht gewahrt erachtet. Sicherlich wird die Annahme zu einem weit über den jetzigen Kurs sich erhebenden Werte von den meisten als ein großes Entgegenkommen des Staates gewertet werden.

Der Vorschlag der Finanzverwaltung stellt nur eine Begünstigung der Kriegsanleihebesitzer dar und sollte schon aus diesem Gesichtspunkt allein nicht zu jenen Angriffen benutzt werden, die ganz deplacierterweise in der Öffentlichkeit erhoben wurden. Dieses Entgegenkommen der Staatsverwaltung als den ersten Schritt zum Staatsbankrott bezeichnen zu wollen, muß ich als eine wirklich auffallende Verständnislosigkeit bezeichnen. *(Zwischenrufe.)* Denn, meine Herren, ich glaube, man macht sich damit einer außerordentlichen Übertreibung schuldig, die nur dann entschuldigt werden kann, wenn der betreffende Übertreibende keine klare Vorstellung von den unglückseligen Folgen eines Staatsbankrotts hat. Würde er sie haben, dann hätte er nicht so leichtsin dieses schreckliche Wort in den Mund genommen. Jedenfalls aber halte ich mich für berechtigt, die mir imputierte Absicht in dieser Beziehung mit aller Entschiedenheit als unbegründet zurückzuweisen. Ich kann beruhigten Gewissens die Behauptung aussprechen, daß, solange ich auf diesem Plage stehe, ein Staatsbankrott nicht in die Wege geleitet werden wird. *(Bravo! Bravo!)*

Hiermit, meine Herren und Damen, habe ich die Grundsätze dargelegt, von welchen ich mich bei der Führung des Finanzressorts leiten lassen will. Ich möchte aber betonen, daß es auf bloße Grundsätze, auf bloße Worte heute nicht mehr ankommen kann, daß wir vielmehr von den Worten nunmehr endlich je eher zu Taten schreiten müssen — zu Taten, die frei sein müssen von jeder Wehleidigkeit, die durchdrungen sein müssen von der Erkenntnis unserer schwierigen Lage, von der Überzeugung, daß nur durch solche große Opfer es überhaupt möglich sein wird, unsere Staatswirtschaft über die heutige krisenhafte Situation hinwegzuleiten.

Wir müssen den entschlossenen Willen beweisen, zu Taten überzugehen, welche ganz auf dem Boden der Erkenntnis stehen, daß wir die grausamen Folgen des Krieges und des Zusammen-

bruches als unabwendbare Tatsachen auf uns nehmen. Wir müssen dem Auslande und dem Inlande die Überzeugung verschaffen, daß wir auf der nun einmal gegebenen neuen Rechtsordnung an den Wiederaufbau unserer Wirtschaft schreiten wollen.

Es wird an Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, sein, mich in diesem Bestreben, von den Worten zu Taten zu kommen, in der Weise zu unterstützen, daß Sie die Ihnen unterbreiteten Vorlagen je eher einer eingehenden, wohlwollenden und raschen Erledigung zuführen. Wir sind meines Erachtens zu einem solchen Handeln verpflichtet, weil nur durch ein solches Handeln die Möglichkeit einer besseren Zukunft für unser Volk eröffnet wird. An die Erreichung dieses Zieles all unsere besten Kräfte zu setzen, sind wir als Vertreter eines Volkes verpflichtet, welches einer solchen besseren Zukunft wahrlich würdig ist. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident **Hausser** *(welcher während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat):* Für die Debatte hat sich eine ganze Reihe von Rednern gemeldet, und zwar die Abgeordneten Wutte, Paulitsch, Stricker, Waber, Dvorak, Friedmann, Weiskirchner, Forstner, Unterkircher, Popp, Größbauer, Mataja, Straßner, Bauer, Dr. Gürtler, Kieger, Schürff, Abram, Rittinger, Angerer, Thanner, Stocker.

Ich beabsichtige, jetzt zum Schlusse der Sitzung zu schreiten und die Debatte morgen fortzusetzen.

Abgeordneter **Rittinger**: Ich bitte um das Wort.

Präsident **Hausser**: Zu diesem Gegenstande hat sich der Herr Abgeordnete Rittinger zum Worte gemeldet; ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Rittinger**: Ich beantrage eine einstündige Unterbrechung der Sitzung und sodann unmittelbar Abführung der Wechselrede, und zwar aus dem Grunde, weil ja morgen viele Herren möglicherweise schon wegfahren müssen.

Präsident **Hausser**: Der Herr Abgeordnete Rittinger beantragt, entgegen dem Antrage des Präsidiums, jetzt, nach den Erklärungen, welche die Regierung abgegeben hat, eine einstündige Pause eintreten zu lassen und hierauf sofort die Debatte fortzusetzen.

Ich bitte diejenigen Mitglieder, welche diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschlecht.)* Ist abgelehnt.

Infolgedessen bleibt es bei dem Vorschlag des Präsidiums, daß die Debatte in der morgen um 10 Uhr vormittags stattfindenden Sitzung fortgesetzt werde.

Ich bitte diejenigen Mitglieder, welche dem Antrag des Präsidiums zustimmen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (*Geschlecht.*) Angenommen.

Bevor ich zum Schlusse der Sitzung schreite, habe ich noch einige Mitteilungen zu machen.

Ausschußmandate haben zurückgelegt die Herren Abgeordneten Leuthner und Smitka als Mitglieder des Hauptausschusses;

ferner

Butte als Mitglied des Ausschusses für Handel und Gewerbe und als Ersatzmann des Justizauschusses;

Mayer Josef als Mitglied des Ausschusses für Handel und Gewerbe;

Birchbauer als Mitglied des Ausschusses für soziale Verwaltung und als Ersatzmann des Ausschusses für Heerwesen;

Schöchtner als Mitglied des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft;

Wimmer als Mitglied des Ausschusses für Verkehrswesen;

Schürff als Mitglied des Justizausschusses, als Ersatzmann des Verfassungsausschusses und als Ersatzmann des Finanz- und Budgetauschusses;

Stocker als Mitglied des Sozialisierungsausschusses und als Ersatzmann des Finanz- und Budgetauschusses, des Ausschusses für soziale Verwaltung und des Ausschusses für Erziehung und Unterricht;

Kraft als Mitglied des Sozialisierungsausschusses;

Pauly als Ersatzmann des Verfassungsausschusses;

Angerer als Ersatzmann des Verfassungsausschusses;

Wedra als Ersatzmann des Ausschusses für Handel und Gewerbe;

Krözl als Ersatzmann des Ausschusses für Handel und Gewerbe;

Thanner als Ersatzmann des Ausschusses für Handel und Gewerbe;

Straffner als Ersatzmann des Ausschusses für soziale Verwaltung;

Egger als Ersatzmann des Ausschusses für Heerwesen und des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft;

Grahamer als Ersatzmann des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft;

Altenbacher als Ersatzmann des Ausschusses für Verkehrswesen;

Größbauer als Ersatzmann des Ausschusses für Verkehrswesen;

Schönbauer als Ersatzmann des Justiz- und Sozialisierungsausschusses;

Ursin als Ersatzmann des Sozialisierungsausschusses;

Friedmann als Ersatzmann des Sozialisierungsausschusses.

Sofern diese Abgeordneten weniger als vier Ausschüssen angehören, bedürfen sie zur angezeigten Mandatzurücklegung der Genehmigung des Hauses.

Wenn keine Einwendung erhoben wird (*Nach einer Pause:*) — dies ist nicht der Fall — nehme ich an, daß die Genehmigung erteilt ist.

Mit Zustimmung der Versammlung werde ich die erforderlichen Ersatzwahlen sofort vornehmen und gleichzeitig die Ersatzwahl für das durch Berufung des Abgeordneten Dr. Ramek in die Staatsregierung erledigte Mandat im Hauptausschusse durchführen lassen und ersuche die Mitglieder die Stimmzettel abzugeben. (*Nach Abgabe der Stimmzettel:*) Die Stimmenabgabe ist geschlossen, das Skrutinium wird unverweilt vorgenommen und sein Ergebnis bekanntgegeben werden.

Ich werde zuweisen:

Dem Ausschusse für Land- und Forstwirtschaft:

Den Antrag der Abgeordneten Stocker, Egger, Größbauer, Altenbacher, Birchbauer, Krözl, Thanner, Mayr Josef, Grahamer, Dr. Schönbauer, Schöchtner, Wimmer, Dengg, Haueis und Genossen, betreffend Ablösung langjährig verpachteter Grundstücke (*Bachtgründe-gesetz*) (435 der Beilagen).

Dem Ausschusse für Verkehrswesen:

den Antrag der Abgeordneten Julia Kaufsch und Genossen, betreffend den Bau einer normalspurigen Bahn von Edlitz-Grimmenstein nach Kirchschlag in Niederösterreich (436 der Beilagen) und

den Antrag des Abgeordneten Dr. Dinghofer und Genossen, betreffend die Errichtung einer dritten Telephonlinie auf der Strecke Wien—Salzburg (437 der Beilagen).

Das Ergebnis des Skrutiniums ist folgendes: Es wurden 102 Stimmzettel abgegeben, die absolute Stimmenmehrheit beträgt 52; mit je 102 Stimmen erscheinen gewählt:

in den Hauptausschuß:

die Herren Abgeordneten Dr. Otto Bauer, Abram und Dr. Seipel;

in den Verfassungsausschuß:
als Ersatzmänner die Herren Abgeordneten
Ursin, Schürff, Straßner;
in den Finanz- und Budgetausschuß:
als Ersatzmänner die Herren Abgeordneten
Pauly, Stocker;
in den Ausschuß für Handel und Gewerbe:
als Mitglieder die Herren Abgeordneten
Bedra, Rittinger,
als Ersatzmänner die Herren Abgeordneten
Schürff, Wutte, Mayer Josef;
in den Ausschuß für soziale Ver-
waltung:
als Mitglied der Herr Abgeordnete Dengg,
als Ersatzmänner die Herren Abgeordneten
Wutte, Birchbauer;
in den Ausschuß für Heerwesen:
als Ersatzmänner die Herren Abgeordneten
Waber, Altenbacher;
in den Ausschuß für Land- und Forst-
wirtschaft:
als Mitglied der Herr Abgeordnete Egger,
als Ersatzmänner die Herren Abgeordneten
Schöchtner, Grahamer;

in den Ausschuß für Verkehrswesen:
als Mitglied der Herr Abgeordnete Schöchtner,
als Ersatzmänner die Herren Abgeordneten
Angerer, Mahr Josef;
in den Ausschuß für Erziehung und
Unterricht:
als Ersatzmann der Herr Abgeordnete Krözl;
in den Justizauschuß:
als Mitglied der Herr Abgeordnete Schön-
bauer,
als Ersatzmänner die Herren Abgeordneten
Schürff, Waber;
in den Sozialisierungsausschuß:
als Mitglieder die Herren Abgeordneten
Größbauer, Mahr Josef,
als Ersatzmänner die Herren Abgeordneten
Friedmann, Stocker, Schürff.

Die nächste Sitzung schlage ich vor für
morgen, Freitag, den 24. d. M., 10 Uhr vor-
mittags, mit der Fortsetzung der heutigen
Tagesordnung.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 2 Uhr 35 Minuten nachmittags.

